№ 99. Morgenblatt.

Dienstag, 1. März.

Die „Volks-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal — Morgens und Abends — mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Redaktion: W., Lützowstraße 105.
Chef-Redakteur: Karl Vollrath in Berlin.

Expeditions-Stellen: W., Lützowstraße 105, W., Kronenstraße 46, O., Gr. Frankfurter Str. 87.

Druck und Verlag: „Gutenberg", Druckerei und Verlag, Aktien-Gesellschaft, Berlin W., Lützowstraße 105.

Volks-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt."

Berlin. 1898. — 46. Jahrgang.

Abonnementspreis für Berlin:
Vierteljährlich incl. Botenlohn 4 Mark — Pf.
Monatlich „ „ 1 „ 35 „
Wöchentlich „ „ — „ 35 „
Beim Selbstabholen aus der Expedition: Quart. 3,25 Mk., Monat 1,10 Mk., Woche 30 Pf.
Bei allen Postanstalten: in Preußen, ganz Deutschland und Oesterreich pro Quartal 4.50 Mark.
Zweimonatlich 3 Mark, dritte Monat 1,50 Mark.
Einzelne Nummer: 10 Pfennig.

Insertionsgebühr: Für die gewöhnliche Zeile 40 Pfennig.

Für März

nehmen Abonnements auf die **täglich zweimal** erscheinende „Volks-Zeitung" nebst Gratis-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt" sämmtliche Post-Anstalten, alle Berliner Zeitungs-Spediteure, sowie die unterzeichneten Expeditions-Stellen entgegen. Preis in Berlin pro Monat 1 Mark 35 Pf. bei einmaliger, und 1 Mark 50 Pf. bei täglich zweimaliger Zustellung, auswärts 1 Mark 50 Pfg. pro März.

Probe-Nummern der „Volks-Zeitung" stellen wir gern zur Verfügung.

Expedition der „Volks-Zeitung",
Berlin W., Lützowstraße 105 und W., Kronenstraße 46, O. Große Frankfurterstraße 87.

Aus der Chronik des Jahres 1848.

1. März.

Die mächtige Bewegung der Geister, die in Deutschland um sich griff, konnte schließlich auch dem verknöcherten **Bundestag** in Frankfurt a. M., der seit über dreißig Jahren der Hort der Reaktion in Deutschland war, nicht verborgen bleiben. Man sah wohl ein, daß dieser Bewegung gegenüber die bisherige Ersticknngspolitik versagen mußte. Nachdem am 29. Februar der Vertreter Preußens, Graf Dönhoff, die Versammlung auf die gefahrdrohende Lage aufmerksam gemacht und die Bildung eines Ausschusses zur Vorberatung der erforderlichen Maßregeln veranlaßt hatte, wurde schon am 1. März, heute vor fünfzig Jahren, eine Proklamation an das deutsche Volk erlassen, in der es heißt:

„Verfassungsmäßig berufen, für die Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands zu sorgen, spricht der Bundestag seine Ueberzeugung dahin aus, daß beide nur ungefährdet bleiben können, wenn in allen deutschen Landen das einmütigste Zusammenwirken der Regierungen und Völker und die innigste Eintracht unter allen deutschen Stämmen mit gewissenhafter Treue erhalten werden. — Nur auf dieser Eintracht und diesem Zusammenwirken beruht die Macht und die Unverletzlichkeit Deutschlands nach außen und die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe, sowie die Sicherheit der Personen und des Eigentums im Innern. Die Geschichte Deutschlands giebt die Belege hierzu, sowie die bitteren Lehren über die traurigen Folgen, wenn Zwietracht zwischen den Regierungen und Völkern und den einzelnen Stämmen die Kräfte der deutschen Nation zersplittert und schwächt und ihr Inneres zerreißt. — Der deutsche Bundestag fordert daher alle Deutschen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt — und andere Deutsche giebt es nicht — im Namen des gemeinsamen Vaterlandes dringend auf, es möge ein Jeder in seinem Kreise nach Kräften dahin wirken, daß diese Eintracht erhalten und die gesetzliche Ordnung nirgends verletzt werde. — Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt, aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwickelung führt dahin."

Von den verlangten Freiheiten war in dem Manifest freilich keine Rede, desto mehr aber von den deutschen Einheitsbestrebungen, durch deren Betonung man sich die Sympathie des Volkes zu erwerben hoffte.

•

Am 1. März strömten in **Karlsruhe** Tausende von Menschen zusammen. An diesem Tage sollte die Mannheimer „Sturmpetition" von Mannheimer Bürgern in Karlsruhe überreicht werden. Große Menschenmengen umlagerten das Ständehaus. Die Galerien der Kammer waren überfüllt. Struve, der Sprecher der Abordnungen, verlangte in den Sitzungssaal gelassen zu werden, gegen welche Forderung sich die Minister verwahrten. Man einigte sich dahin, daß Struve im Zuhörerraum seinem Freunde Hecker die Petition übergeben solle. Gleich nach Eröffnung der Sitzung erklärte der Minister Bekk, daß das durch den Bundestag aufgehobene freisinnige badische Pressgesetz von 1831 wieder in Wirksamkeit trete. Brentano und Hecker stellten Anträge auf weitere Reformen, die einer Kommission zur sofortigen Beratung überwiesen wurden.

•

In **Leipzig** wird die von Professor Biedermann entworfene und von Robert Blum verschärfte Adresse wegen Gewährung der Pressfreiheit und Einrichtung eines deutschen Parlaments von den Stadtverordneten angenommen und auch der Stadtrat tritt der Adresse einmütig bei.

•

In **Paris** findet die erste Sitzung der zur Untersuchung der Arbeiterfrage eingesetzten Kommission statt. Die Arbeitszeit wird in Paris von 11 auf 10 und in den Provinzen von 12 auf 11 Stunden herabgesetzt.

Wer die Zeche bezahlt.

Wenn die Flottenenthusiasten ihren Willen durchgesetzt und wir die Zahl unserer schwimmenden Kasernen mit Hilfe einer baaren Auslage von einer Milliarde — 1000 Millionen in sieben Jahren! — ganz nach dem Wunsche der begeisterungsfrohen Kommerzienräte vermehrt haben, dann wird die Frage, wer die Zeche bezahlt, dem deutschen Volke noch wüste Kopfschmerzen verursachen. Vor der Hand ist ja Alles aufs Beste bestellt. „Wir schwimmen im Ueberflusse" heißt es, was man bekanntlich besonders dann merkt, wenn die „Kulturaufgaben nicht leiden." Der naheliegende Gedanke, daß, wer den Spaß von dem Vergnügen hat, auch die Kosten bezahlen soll, ist zu einfach und gerecht, als daß er bei unseren reaktionären Parlamentsgrößen, welche über die schweren Steuern des deutschen Volkes verfügen und das mühsam zusammengebrachte Geld dem Wassermilitarismus in den unersättlichen Schlund werfen, auf fruchtbaren Boden fallen könnte.

Der Abgeordnete Bebel hat in der Kommissionssitzung am Sonnabend, über welche wir am Sonntag ausführlich berichtet haben, die Probe aufs Exempel angestellt. Er hat einen Antrag seiner Partei angekündigt, „durch eine nach oben steigende (progressive) Einkommensteuer auf alle Einkommen über 6000 Mark die Mehrkosten der Flottenvorlage aufzubringen". Das war ein niedliches Intermezzo. Hiergegen erhoben sich nun der Herr von Kardorff, der Herr von Massow, Herr Paasche und Herr Hammacher. Der eine hatte praktische, der andre theoretische, der dritte technische, der vierte verfassungsmäßige Bedenken auf Lager, die sie geschwind unter dem Selbstkostenpreise loschlugen. Sonnt lehnen die Führer derjenigen Parteien, welche am lautesten nach neuen Schiffen gekrieen haben, sich dagegen auf, daß die Kosten aus dem Teile der Bevölkerung entnommen werden, der am leistungsfähigsten ist und der einen höheren Nutzen aus der Flottenerweiterung zieht, als die große Masse der Besitzlosen. Daß die reichen Leute wirklich am meisten von der Flottenvorlage profitiren, das erkannte der Prinz Arenberg an, ein Mann, der in den praktischen Fragen unseres Kolonialwesens eine nicht geringe Erfahrung besitzt und der trotz einer uns nicht gerechtfertigt erscheinenden Vorliebe für die Kolonien häufig eine große Ruhe und Billigkeit des Urteils und Besonnenheit im Handeln bewiesen hat. Prinz Arenberg erklärte daher auch ganz offen, daß ihm eine Reichseinkommensteuer durchaus sympathisch sei, da sie eine höhere Belastung der Besitzenden ermögliche. Freilich hat Herr Lieber, der Generalgewaltige des Zentrums, der seine platonische Vorliebe für die Reichseinkommensteuer vorher bekannt hatte, sofort wieder abgewiegelt, indem er feststellte, er habe noch nicht „Stellung genommen".

Das ist aber unwesentlich, denn wenn Herr Lieber wirklich schon Stellung genommen hätte, würde das auch noch nichts zu bedeuten haben, da man die Fähigkeit des vielgewandten Mannes kennt, nötigenfalls noch einmal Stellung zu nehmen — und zwar anders. Jedenfalls ist es ein außerordentlich günstiger Augenblick, in dem Herr Bebel die Frage der Einkommensteuer wieder aufgerollt hat und die Opposition hätte mehr gewonnen, als die ganze Marinevorlage wert ist, wenn es ihr gelänge, diese Frage von nun an dauernd in regem Fluß zu halten.

Nach dem eigenen Geständniß der Reichsregierung hat die Flottenerweiterung in erster Linie die Bedeutung, daß sie den gesteigerten Seeinteressen des Deutschen Reiches gerecht werden soll. Diese Seeinteressen umfassen nun denjenigen Teil der Produktion, den man als Großhandel und Großindustrie bezeichnet. Diese Zahl der Reichsbürger, welche Unternehmungen leiten, die an die Seeinteressen des Reiches geknüpft sind, ist verschwindend klein; so haben wir z. B. in Ostasien und Afrika zusammen noch nicht ganz 100 deutsche Handelshäuser. Im außereuropäischen Dienst sollen nun allein für Ostasien und Afrika 2 große Kreuzer, 5 kleine Kreuzer und 4 Kanonenboote dauernd Verwendung finden. Die Baukosten für diese Schiffe betragen rund 60 Millionen Mark. Nach durchschnittlich ca. 15 Jahren gelten die Schiffe als „veraltet" und müssen ersetzt werden. Die Reparaturkosten betragen in etwa 15 Jahren ca. 25 Prozent des Wertes, also etwa 15 Millionen Mark, die Indienstthaltung in derselben Zeit beträgt, gering veranschlagt, 80 Millionen Mark, sodaß nach 15 Jahren für Ostasien und Afrika zum Schutz der dortigen deutschen Interessen 155 Millionen Mark aufgewendet werden müssen. Träger dieser Interessen sind etwa 100 große Handelshäuser; nimmt man nun an, daß an jedem Handelshause je drei Personen als Unternehmer beteiligt sind, so wendet der deutsche Steuerzahler für 300 steinreiche Großhändler in 15 Jahren 150 Millionen Mark auf. Demgemäß kommt auf jeden dieser 300 Menschen jährlich die Summe von 50 000 Mark.

Hierbei soll nicht in Abrede gestellt werden, daß hinter diesen Erstinteressenten noch Personen stehen, die aus der Produktion und dem Verschleiß der im Auslande vertriebenen Waaren einen Teil ihres Lebensunterhaltes finden; aber einmal sind es nicht alles Deutsche, da der ausländische Kaufmann aus allen Ländern der Welt seine Waaren bezieht und Ausländer als Handelsangestellte in großer Zahl beschäftigt. Dann aber ist der Gewinn, den der kleine Mann aus dem Handel zieht, verschwindend klein; denn der größte Teil des überhaupt nach Deutschland kommenden Gewinnes fällt dem großen Exporteur zu, der die Vermittelung übernimmt. Tatsächlich also wird die ganze Flottenpolitik eine Bereicherung der Reichen zur Folge haben.

Freilich bestreiten wir, daß die Flottenerweiterung zur Belebung des Handels überhaupt nötig ist. Der deutsche Kaufmann hat sich den Weltmarkt erobert, ohne immer und überall fliegende Wasserfestungen hinter sich zu haben. Aber unsere Ausführungen sind gerade dann zutreffend, wenn die von den Flottenfreunden aufgeführten Gründe für die Flottenerweiterung wirklich maßgebend sind. Gerade vom Standpunkt der Flottenschwärmer aus wäre also eine progressive „Flottensteuer" in Form einer Reichseinkommensteuer zu verlangen, damit diejenigen, für die das Reich die angeblich dringlich nötigen Opfer bringt, auch zum „Mittaten" herangezogen werden können, nachdem sie im „Mitraten" Monate lang sich gegenseitig überboten haben.

Man brauchte natürlich noch keineswegs damit einver-

Nachdruck verboten.

Isabella Fianelli.

Frei bearbeitet von Max von Weisenthurn.

32)

4.

Um vier Uhr des gleichen Nachmittags harrte die Fürstin Roda mit großer Ungeduld auf den Augenblick, in welchem ihr Herr und Gebieter das Haus verlassen würde, damit sie dann eine allerliebste Toilette anlegen könne, welche sie jetzt nicht zu tragen wünschte, aus Furcht, sein Mißtrauen zu erregen.

Endlich verschwand seine mächtige Gestalt hinter der Thüre, und mit einem Seufzer der Erleichterung sprang seine Frau aus dem Fauteuil empor, in welchem sie anscheinend in die Lektüre eines französischen Romans vertieft gelegen war; sie sah sehr vorteilhaft aus. Ein leichter Anflug rosiger Schminke verdeckte die Blässe ihrer Wangen. Ja, sie wollte Robert zurückgewinnen, um jeden Preis! War nicht der Umstand, daß er nach Mailand gekommen, der beste Beweis, wie sehr er sich nach ihr sehnte? Wäre sie frei gewesen, so würde sie kaum daran gedacht haben, ihn zu heiraten, so aber, wo ihre Liebe zu ihm verboten war, lechzte sie darnach, wie ein Durstiger nach Wasser.

„Er muß mich wieder lieben, er errötete bei meinem Anblick, er wagte es nicht, mir in die Augen zu schauen, er kann nicht mit mir sprechen; auch heute wird er, wenn er kommt, es versuchen, kalt und hart zu sein, aber ich will ihn schon dazu bringen, wieder weich zu werden, und er soll mich mehr lieben denn je."

Zehn Minuten nach Vier saß Isabella Roda mit erwartungsvoll strahlenden Augen in ihrem Wohnzimmer, das von Rosen duftete; sie tat dergleichen, als ob sie lese, aber ein Pochen an der Türe ließ sie mit wildklopfendem Herzen aufspringen; sie hatte kaum die Zeit, sich einigermaßen zu fassen, als ein Diener auf silberner Platte ein an sie gerichtetes Schreiben ihr überreichte. Auf den ersten Blick erkannte sie Roberts Schrift; mit zitternder Hand riff sie den Umschlag auf und las:

„Geehrte Fürstin!

Ich bedauere, daß ich Ihre freundliche Einladung nicht annehmen kann, da mir daran liegt, mit einem frühen Zuge nach der Casa Piccola zurückzukehren. Wenn Sie diese Zeilen erhalten, werde ich mich bereits auf der Reise befinden. In zwei oder drei Tagen erhalten Sie Kunde von meiner stattgehabten Vermählung mit Fräulein Isabella Fianelli; vor Ihnen und dem Fürsten, die so viel getan haben, um diese Heirat zuwege zu bringen, kann ich die Nachricht nicht geheim halten. Die Zeremonie wird in aller Stille vollzogen werden.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen bleibe ich Ihr ergebenster

Robert Graf Ghetaldi."

Die Fürstin wurde todtenbleich, während sie diese Zeilen las. „Er soll sie nicht heiraten," zischte sie mit zuckenden Lippen, „ich werde sie daran zu hindern wissen."

Robert hatte sie erniedrigt und beleidigt, dafür wollte sie ihn bestrafen; aber wenn sie sich auch sagte, daß sie ihn hasse, so liebte sie ihn in diesem Augenblicke doch mehr wie je. Isabella Fianelli war es, gegen die sich ihr ganzer Abscheu wandte, sie, die schuldlose Nebenbuhlerin, welche zwischen sie und den Mann getreten war, den sie zu ihrem Sklaven hatte machen wollen, und Isabella's Seelenfrieden war es daher auch, welchen sie zu zerstören beschlossen hatte.

Zehn Minuten, nachdem sie Robert's Brief empfangen, saß sie vor ihrem Schreibtisch, aus dessen Geheimfach sie behutsam zwanzig längere und kürzere Briefe nahm; sorgfältig durchlas sie dieselben nach einander und besonders bei einem dieser Briefe umspielte ein grausames Lächeln ihre Lippen.

„Isabella Fianelli wird daran Gefallen finden!" flüsterte sie leise vor sich hin. Was Robert geschrieben, war Folgendes:

„Du sagst mir, daß Du meine Briefe gerne empfängst? Nun, ich hasse das Abfenden derselben, ich hasse den Fuß, auf welchem wir miteinander verkehren, ich hasse das Komödienspiel vor Fremden! Du hast es nach und nach so weit gebracht, bis ich Dich lieben lernte — was Dein eigentliches Motiv dabei ist, weiß ich nicht, aber ich liebe Dich nun einmal und viel zu innig, als daß ich mich in die gegenwärtige Lage leicht hineinfinden könnte. Ich gebe mich nicht dazu her, in dem Hause Deines Gatten die Rolle der zahmen Katze zu spielen, ich will Deinen Gatten nicht betrügen; natürlich weiß ich, daß in Allem, was wir tun, wir ein Unrecht begehen, aber ich zieh' es doch vor, demselben frei die Stirne zu bieten. Wenn Du mich auch nur halb so sehr liebst wie ich Dich, mußt Du Dich frei und offen zu mir bekennen, mußt Du, sobald die Gesetze es gestatten, mein Weib werden. Ich will Dich nicht zwingen, diesen Schritt zu tun; Deine Augen müssen offen gewesen sein, als Du sagtest, Du wolltest es zu Wege bringen, daß ich Dich lieben lerne! Ich habe nicht die Absicht, Deine gesellschaftliche Stellung zu untergraben und die Welt gegen Dich aufzubringen, aber Du selbst hast es mir gesagt, daß ich Dir mehr gelte, als Welt und Stellung — beweise es und mein ganzes Leben will ich es Dir lohnen! Kannst Du aber keinen entscheidenden Schritt tun, so müssen wir auseinander gehen; ich lasse nicht mehr mit mir spielen, ich will mich nicht länger von Dir betören lassen, so lange Du das Weib eines Anderen bist! Meine Moralbegriffe mögen nicht allzu stark ausgeprägt sein, jedenfalls aber vertragen sie sich nicht damit, in dem Hause eines anderen Mannes der Frau desselben den Hof zu machen. Handle ehrlich und aufrichtig gegen mich, Bella. Entweder komm zu mir und teile mein Los, oder laß mich für immer von Dir gehen!

Dein Robert."

„Das ist ein Brief, genau so, wie ich ihn brauchte!" rief die Fürstin, als sie die Lektüre desselben beendet hatte. „Fast Wort für Wort gleichlautend wie derjenige, welchen er mir an dem Tage vor der Ankunft jenes törichten Schulmädchens nach der Casa Piccola schrieb; ich hoffe, es werden ihr bei der Lektüre desselben endlich die Augen aufgehen! Morgen früh um Zehn fährt Hannibal fort, um Elf werde ich nach der Casa Piccola fahren und die ganze Geschichte mit jenem Mädchen austragen; es mag sich dann zeigen, ob sie den Mut hat, ihn zu heiraten."

Der Gedanke an diesen glänzenden Streich, durch welchen sie sich an Robert's Braut rächen wollte, versetzte die Fürstin in ausgezeichnete Laune; am Abend hatte sie noch eine große Gesellschaft mitzumachen, und nie war sie blendender, nie fesselnder gewesen, als an jenem Tage. Der Gedanke an ihre Rache verließ sie aber nicht einen Augenblick, und die Huldigungen, welche man ihr entgegenbrachte, empörten sie nur noch mehr gegen den Mann, welcher ihre Liebe mit Füßen getreten, gegen das Mädchen, welches es gewagt hatte, ihr denselben zu rauben.

„Morgen um diese Stunde wird sie leiden und ich nicht!" sagte sie sich, als sie Abends mit fest aneinandergepreßten Lippen vor ihrem Spiegel saß und sich von Francesca die Juwelen aus dem Haare nehmen ließ.

Sie hatte Alles, wonach ein Weib streben kann: Gesundheit, Reichtum, Rang, Stellung, ungewöhnliche Schönheit und einen Gatten, der sie liebte und ihr auch treu war; überdies besaß sie auch Verehrer und Freunde in schwerer Menge und trotzdem konnte sie Isabella Fianelli, ihre einzige Lebenshoffnung, ihr einziges Glück — die Liebe Robert Ghetaldi's — nicht gönnen.

Neu eintretende Abonnenten erhalten den bereits erschienenen Teil dieses Romans auf Wunsch unentgeltlich nachgeliefert.

standen zu sein, daß die Gelegenheit, „patriotische Opfer" zu bringen, den Flottenschwärmern schon von 6000 Mark Einkommen an gegeben werden müsse. Ueber die untere Grenze der Heranzuziehenden läßt sich reden. Tatsächlich würde die Steuer Tausende von „Unschuldigen", die sich, obwohl sie über 6000 Mark Einnahme haben, nicht für die Flottenvermehrung begeistert haben, schwer treffen. Für sie wäre die neue Steuer eine unverdiente „Strafe". Auch Herr Bebel selbst und andere sozialdemokratische Führer würden von der neuen Steuer heimgesucht werden. Außerdem ist es leicht, auszurechnen, daß selbst dann, wenn man mit 9000 oder 10 000 Mark Einkommen anfängt, bei zweckentsprechender Inanspruchnahme der Kommerzienratseinkommen und darüber hinaus ausreichende Erträgnisse herauszuwirtschaften sind. Indessen auf die Absteckung der Grenze ist weniger Wert zu legen als auf die Verwirklichung **des Gedankens, daß die leistungsfähigsten Elemente, welche** im Großen und Ganzen zugleich diejenigen sind, die aus der Flottenbegeisterung eine patriotische Tugend machen, die Güte haben möchten, für ihr patriotisches Vergnügen „Opfer" zu bringen, die für sie nicht einmal Opfer sind. Sie „haben's ja dazu". Wenn sie's nicht können, der Mittelstand, für den ihr Herz bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten überfließt, kann's gewiß nicht.

Allerdings — eine Suppe, die sie sich eingebrockt haben, selbst ausessen, daß ist nicht die Art unserer reaktionären Staatsstützen und ihrer Verbündeten. Und so halten sie denn schon ein artiges Rezept für die feucht-fröhliche Weltmachtpolitik bereit. Die freikonservative „Post" verrät den klugen Anschlag auf das Portemonnaie des Steuerzahlers. Sie sagt, für die nächsten drei Jahre ist Geld wie Heu vorhanden. Was hinterher kommt, ist — merke es wohl, deutscher Steuerzahler —

eine Erhöhung der Getreidezölle!

Diese ist, wie der „große Schleifstein" verkündet, gesichert. Es ist wahrlich unbezahlbar, daß das wackere Blatt die Karten so rührend offen aufdeckt. Die Erhöhung der Getreidezölle! Die Verteuerung des Brotes! Die Abwälzung der Kosten auf den kleinen Mann! Das ist also wirklich das Ende vom Liede, das wir längst vorausgesagt haben! Warum auch nicht? Dieser herrliche Gedanke schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe! Man giebt dem Wassermilitarismus eine Flotte ersten Ranges, und den „notleidenden" Agrariern widmet man eine neue Liebesgabe im Betrage von ungezählten Millionen. Haben sie doch immer behauptet, zur Aufrechterhaltung ihres „standesgemäßen Lebens" bedürften sie dringend einer Erhöhung der Getreidepreise.

So ist denn der Plan bei den Wortführern der Reaktion fein erdacht! Die Unverfrorenheit, mit der sich so etwas ans Tageslicht wagt, steht vollständig auf der Höhe des Enthusiasmus, in dem unsere Flottenfexe sich heraufschen, wenn andere Leute für sie bezahlen!

Voraussetzung für die Verwirklichung des allerliebsten Planes ist natürlich, daß das deutsche Volk im Sommer einen Reichstag wählt, welcher einer Erhöhung der Getreidezölle zu Gunsten der ostelbischen Junker und der Handelsmillionäre zustimmt. Wenn das deutsche Volk so töricht ist, wie es ihm die reaktionären Herolde zutrauen, dann allerdings haben sie leichtes Spiel! Wir aber hoffen, daß den Herren Reaktionären bei der nächsten Reichstagswahl gründlich die Rechnung verdorben wird.

Berlin, 1. März 1898.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern beim Etat des Reichseisenbahnamtes mit der Betriebssicherheit der preußischen Staatsbahnen. Abg. Pachnicke brachte alle Beschwerden über das Sparsystem zur Sprache, das von der Presse schon so oft gekennzeichnet worden ist. Der Präsident des Reichseisenbahnamtes, Schulz, suchte in seiner Entgegnung darzutun, daß das Reichseisenbahnamt seine Pflicht den Einzelstaaten gegenüber getan habe, das heißt soweit seine Zuständigkeit reiche. In andere Worte gekleidet, bedeuten seine Ausführungen, daß die Kompetenz des Reichseisenbahnamts als Aufsichtsbehörde der einzelstaatlichen Verwaltungen im Wesentlichen nur auf dem Papier steht. Auch sind, so heißt es, die technischen Beamten des Reichsamtes derartig überlastet, daß eine eingehende Tätigkeit nach dieser Richtung sich von selbst verbietet. Ueber die Verhandlungen des Reichseisenbahnamtes mit den Bundesregierungen behufs Reform der Tarife verweigerte Herr Schulz jegliche Auskunft. Wenn der Reichstag heute bei der Fortsetzung dieser Erörterungen nicht mehr erreicht als gestern, dann wird die Debatte wohl ausgehen, wie das Hornberger Schießen.

Die Beratung des Eisenbahnetats im Abgeordnetenhause mußte gestern ausfallen, da der Minister Thielen plötzlich erkrankt ist. Es scheint sich wirklich um eine gewöhnliche menschliche Krankheit zu handeln und nicht um die bekannten Gesundheitsrücksichten, die dem Abgang eines Ministers stets vorauszugehen pflegen. Es wurde in aller Eile eine zweite Sitzung improvisiert, und eine Reihe kleinerer Etats ohne Debatte erledigt. Bei dem Etat der Lotterieverwaltung regte Abg. Dr. Arendt eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens an. Finanzminister von Miquel führte dagegen das Interesse der Einzelstaaten ins Feld. Der Wortführer der Konservativen nahm den Gedanken auf und spann ihn in partikularistischem Sinne weiter aus. Graf Limburg-Stirum meint, die Rechte jedes Bundesstaates, aus der Spielluft seiner Staatsangehörigen Einnahmen zu ziehen, dürften nicht eingeschränkt werden. Die Forderung des nationalliberalen Abg. Dr. Sattler, die staatlichen Lotterien aufzuheben, wurde von dem Finanzminister mit dem Hinweis beantwortet, daß dann der Ausfall von neun Millionen Lotteriesteuer durch Erhöhung der Einkommensteuer gedeckt werden müßte. Trotzdem wir so „heidenmäßig viel Geld" haben?

Aus einer öffentlichen Erklärung von bairischen Freisinnigen geht hervor, daß der Abgeordnete **Reinhard Schmidt** den Versuch unternommen hat, süddeutsche Demokraten zu einem interessanten Tauschgeschäft zu veranlassen. Er hat die Idee gehabt, der deutschen Volkspartei in Baiern das Anerbieten zu machen, als Aequivalent für die sofortige Unterstützung des Abg. Weiß bei der nächsten Reichstagswahl den Demokraten künftig ein Landtagsmandat im Wahlkreise Erlangen-Fürth zu überlassen. Und zwar war das Mandat des Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg namhaft gemacht. Die bairischen Kammerfreisinnigen haben sich in ihrer Erklärung die Einmischung der berliner Parteileitung verbeten. Herr Schmidt seinerseits erklärt, es habe sich lediglich um „vertrauliche, seine Meinung wiedergebende Aeußerungen gegenüber einem württembergischen Abgeordneten der deutschen Volkspartei wegen Herbeiführung eines gemeinsamen Vorgehens beider Volksparteien zur Reichstagswahl im Wahlkreise Fürth" gehandelt. Ueber „Erwägungen" sei man nicht hinausgegangen. „Anerbietungen namens der freisinnigen Volkspartei habe ich nicht gemacht und konnte sie nicht machen, da ich weder mit der Zentralleitung in Berlin, noch mit der Leitung der freisinnigen Partei in Baiern über die Angelegenheit verhandelt habe." — Parteioffiziös wird versucht, über die fatale Geschichte mit der Erklärung hinwegzukommen, es handle sich hier um ein „Missverständniß", über das sich nicht zu reden lohne. Diese edle Schweigsamkeit!

Daß doch stets zu rechter Zeit ein „Missverständniß" eintritt, selbst da, wo man meint, man habe es mit besonders verständigen Leuten zu tun! Was in aller Welt hat Herrn Richard Schmidt bewogen, „Erwägungen" der erwähnten Art nicht blos im stillen Kämmerlein für sich anzustellen, sondern sie einem württembergischen Abgeordneten zu unterbreiten? Wenn Erwägungen dieser Art nicht ernst gemeint sind und kein festes Ziel haben, so ist es ein etwas eigenartiger Sport, sich platonisch von Berlin oder Elberfeld aus den Kopf der süddeutschen Freisinnigen und Demokraten um die Angelegenheiten bairischer Wahlkreise zu zerbrechen. Dieser sonderbare Sport wird dadurch nicht plausibler, daß er, sei es im Ernst oder im Scherz, für ein „Missverständniß" erklärt wird.

Wie wenig die von den Synoden geforderte **Beschränkung der Privatfestlichkeiten** am Sonnabend im Lande Anklang findet, zeigt der Verlauf zweier Versammlungen in Perleberg. Der Reichstagsabgeordnete der Westprignitz, Max Schulz, der in Berliner Versammlungen scharf gegen die Synodalbeschlüsse aufgetreten war, hielt die erste ab: sie war überfüllt. Nach seiner Rede meldete sich kein Gegner zum Wort. Die zweite Versammlung, von den Konservativen einberufen, die sich für die Beschränkung der Privatfestlichkeiten begeistern sollte, war von ganzen 42 Personen besucht. Unser Volk will nicht mit Polizeimaßregeln fromm gemacht werden.

Eine bemerkenswerte Entscheidung hat gestern das Kammergericht gefällt. Es wird uns darüber von unserem Spezial-Berichterstatter geschrieben:

Das Kammergericht hatte sich soeben mit der bekannten Novelle zur Gewerbeordnung, betreffend das Aufsuchen von Bestellungen 2c., zu beschäftigen. Der Kaufmann W., der mit Mehl und Kunstdünger handelt, begegnete vor nicht lange Zeit zwei Landwirten auf der Landstraße und erklärte ihnen, daß er bald wieder Kunstdünger bekomme; die Landwirte könnten solchen von ihm wieder erhalten. Auf Grund dieses Tatbestandes wurde W. angeklagt, jedoch von der Strafkammer freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft erhob darauf Revision beim Kammergericht und erklärte den Angeklagten strafbar. Das Kammergericht entschied jedoch ebenfalls zu Gunsten des Angeklagten. Es führte in der Begründung aus, das Aufkaufen der Waaren solle nach den Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung nur bei Kaufleuten oder solchen Personen erfolgen, welche die Waaren produzieren; auch solle das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren — Druckschriften bilden eine Ausnahme — ohne vorherige ausdrückliche Aufforderung lediglich bei Kaufleuten in den Geschäftsräumen oder bei solchen Personen erfolgen, in deren Geschäftsbetriebe Waaren der angebotenen Art verwendet werden. Der Betrieb der Landwirtschaft sei aber zu den Geschäftsbetrieben im Sinne der Novelle zu rechnen. Der Angeklagte habe sich mithin nicht strafbar gemacht, wenn er Landwirte aufsuchte, um Bestellungen auf Waaren entgegenzunehmen, die im Betriebe der Landwirtschaft gebraucht werden.

Ein Gericht über die Kritik von Gerichtserkenntnissen. Vor der Strafkammer in Bochum stand dieser Tage der Redakteur Rudolf Quandel unter der Anklage, in einem Artikel den gesammten Gerichtshof beleidigt zu haben. Der Angeklagte hatte in einem Artikel des „Rheinisch-Westfälischen Tageblatts" vom 21. Juli eine Gottesdienststörung scharf getadelt und wurde am 15. Oktober von dem genannten Gerichtshofe wegen Beleidigung eines Bürgermeisters zu 100 Mk. verurteilt. Dieses Urteil hatte Redakteur Quandel in einem Artikel einer Kritik unterzogen, worin der Gerichtspräsident eine Beleidigung der Richter erblickte, so daß er für diese Strafantrag stellte, dem von der Staatsanwaltschaft Folge gegeben wurde. Besonders sollte eine Beleidigung darin liegen, daß Quandel geschrieben hatte, es sei vielfach die Ansicht verbreitet, katholische Richter mit ausgesprochen ultramontaner Gesinnung könnten in rein protestantischen Dingen nicht unbefangen urteilen. Der Angeklagte wies durch Zeugen und Briefe nach, daß tatsächlich diese Ansicht Platz gegriffen habe, verwahrte sich aber dagegen, daß er diese Ansicht ohne jede Einschränkung zu der seinigen mache. Der Staatsanwalt hielt eine Beleidigung des Richterkollegiums für vorliegend und beantragte 200 Mk. Geldstrafe. Rechtsanwalt Hünebeck führte aus, daß der Angeklagte im Kampfe stehe und eine Beleidigung in dem Artikel nicht gefunden werden könne. Dem Angeklagten sei es nur darum zu tun, seine protestantischen Mitbürger zu schützen. Die Strafkammer sprach den Redakteur Quandel von der Anschuldigung der Beleidigung frei unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse. Der Vorsitzende führte bei der Begründung des Urteils aus, daß es keinem Staatsbürger verwehrt werden könnte, ein richterliches Urteil einer Kritik zu unterziehen. Es seien zwar einige Redewendungen etwas scharf ausgefallen, doch müsse dem Angeklagten darin Glauben geschenkt werden, daß ihm die Absicht einer Beleidung fern gelegen habe. Die Grenzen einer erlaubten Kritik seien nicht überschritten.

— Der **Bundesrat** nahm in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage betreffend statistische Uebersichten über die Durchführung der Arbeiterversicherungsgesetze im Bereiche der preußischen Heeresverwaltung zur Kenntnis. Dem Ausschußantrage zum Entwurfe zu Bestimmungen über die Wiederholung der statistischen Aufnahme des Heilpersonals wurde

---

„Morgen," sagte sie sich, während sie das Haupt in weichen Kissen bettete, „morgen werde ich sie dazu zwingen, aus freien Stücken ihm zu entsagen."

Inzwischen war Robert nach der Casa Piccola zurückgekehrt, gerade zu der Stunde, in welcher Isabella von ihrem zweiten Besuche bei seinem Vater heimkam; sie trug eine Toilette, welche er früher noch nicht an ihr gesehen, und fand, daß dieselbe sie reizend kleide, was er ihr auch sagte.

„Nimm Deinen Hut nicht ab und komm mit mir in den Garten," sagte er, indem er ihr beim Aussteigen behilflich war. „Ich sehe Dich im Geiste immer in Weiß vor mir, es kleidet Dich vortrefflich; Du sollst dieses Kleid auch morgen zu unserer Trauung anziehen."

„Morgen — Robert, was willst Du damit sagen?"

„Genau das, was ich ausgesprochen. Hast Du gegen den frühen Zeitpunkt etwas einzuwenden?"

„Aber Robert, die Hochzeit war ja für September festgesetzt!" sprach sie, indem sie ihn überrascht anblickte.

„Ich weiß, aber ich habe mich anders besonnen und möchte nicht gerne so lange warten."

„Es ist ja noch nichts bereit. Ich habe kein Hochzeitskleid, keine Ausstattung."

„Das kannst Du Alles später besorgen!"

„Aber Dein Vater — ich wollte mein Möglichstes tun, um ihn zu bewegen, daß er mich lieb gewinne. Ich habe sogar einen ganz guten Anfang gemacht — heute Nachmittag las ich ihm zwei Stunden vor und dann sang ich und erntete seinen Beifall. Du hast mich nie singen gehört, aber es ist eines der wenigen Dinge, die ich gut kann."

„Ich werde hoffentlich noch oft Gelegenheit haben, Dich singen zu hören; ich besitze eine große Leidenschaft für guten Gesang und werde Dich nur noch mehr lieben, wenn Du denselben zu kultiviren verstehst."

„Dein Vater hat heute gesagt, er wollte, daß ich immer im Hause wäre, daß er eine Tochter hätte gleich mir. Du kannst Dir denken, wie glücklich ich war, Deine Schwester nickte mir hinter seinem Rücken freundlich zu, aber trotz alledem bin ich überzeugt, daß, wenn Du mich heiraten würdest, ohne ihm ein Wort vorher zu sagen, er genau so zornig wäre, als ob er mich nie zuvor gesehen. Reichtum und Herkunft sind ja so bedeutungsvoll."

„In meinen Augen sind sie ganz wertlos. Sieh' Dir dieses Papier an!" rief er, indem er die Lyzeu auseinanderfalte und sie ihr zeigte. „Das ist die amtliche Bewilligung, die mir erlaubt, Dich sofort und zu jeder Stunde heiraten zu können, und hier," fügte er, eine kleine Kassette öffnend hinzu, „hier ist der Verlobungsring; laß' mich denselben an Deinen Finger stecken und sehen, wie er Dir paßt."

Ganz verblüfft durch die Plötzlichkeit seiner Worte, streckte sie ihm die Hand hin und ließ ihn gewähren. „Hier," sprach er nach einer kurzen Pause, indem er ein zweites Schmuckkästchen hervorzog, „hier ist auch noch der Ring, der Dich morgen zu meinem Weibe machen soll."

„Morgen?" stammelte sie, „aber Mama wird nie darein willigen, daß ich heirate, ohne meine Ausstattung, ohne irgend etwas fertig zu haben."

„Sage ihr gar nichts davon; ich werde gleich nachher zur Kirche gehen und mit dem Priester reden. Ich habe die Kirche von Valenta gewählt, weil es dort so ruhig und still ist; morgen um 11 Uhr wollen wir Beide ausfahren, angeblich nur spazieren, dann aber kehren wir getraut hierher zurück."

Er lachte über ihre Einwendungen und küßte sie einmal um das andere.

„Wenn Du nicht einwilligst, dann weiß ich wenigstens, daß Du mich nicht liebst! Was kümmert es irgend eine andere Menschenseele, wann, wo und wie wir heiraten! Kehren wir von der Kirche zurück, so magst Du Deiner Mutter das Geschehene mitteilen; natürlich werden wir das nächste Rennen hier nicht mitmachen, sondern eine kleine Reise unternehmen; wenn wir aber hierher zurückkommen, wird mein Vater sich an den Gedanken gewöhnt haben und auch einsehen lernen, daß er ohne mich nicht leicht fertig werden kann! Er hat schon seit einiger Zeit lebhaft gewünscht, daß ich heirate, und er kann mit Fug und Recht nicht erwarten, daß ich mich um des Geldes willen an irgend ein Mädchen verkaufe. Außerdem giebt es noch andere Gründe, meine liebe Isa, weshalb ich Dich so bald als irgend möglich von hier fortbringen möchte! Du bist viel zu hübsch, um während der Rennzeit, wo das Haus hier voll ist, allein in demselben zu sein; so lange unsere Verlobung geheim gehalten wird, habe ich nicht das Recht, Dich zu beschützen, und mir pocht das Blut ruhelos in den Adern, wenn ich sehe, in welcher Weise die Männer Dich anblicken und was für Dinge sie in Deiner Gegenwart reden."

„Ich mag es ja selbst nicht!" rief Isabella, die Wange an seine Schulter lehnend. „Denke Dir, Herr Farina steckte mir gestern einen Liebesbrief in die Hand; ich sandte ihm denselben durch unsere alte Nora zurück und ließ ihm sagen, es müsse wohl ein Missverständniß obwalten, dieses Schreiben könne unmöglich mir gegolten haben. Ich erzählte Dir's nicht gleich, weil ich wußte, daß es Dich ärgern werde. Gestern hat einer jener abscheulichen alten Herren, die sich immer im Billardsaal aufhalten, den Versuch machen wollen, mich zu küssen. Ich fragte ihn sehr ernsthaft, ob er das einen gelungenen Scherz finde, sich so zu benehmen, und sagte ihm, daß es mich ganz und gar nicht unterhalte! Mit diesen Worten entfernte ich mich, er aber ging mir nach und sagte mir, daß ich ein gutes kleines Mädchen sei, er wolle mir irgend einen Schmuckgegenstand kaufen, der mir Freude mache; natürlich versicherte ich ihm, daß ich nichts derartiges annehme.

Heute früh nun wurde ein prächtiger Blumenstrauß hier abgegeben, eine Karte von Sandor Vilmos hing daran, auf der er geschrieben hatte: „Für Fräulein Fianelli mit den besten Empfehlungen". Ich muß Dir den Strauß, zeigen, er ist gar zu schön."

„Hole der Teufel Sandor Vilmos und seine Blumen, ich will sie nicht sehen! Beweist Dir all' das nicht hinreichend deutlich, daß es gut ist, daß Du Jemanden hast, der Dich bald in seine Obhut nimmt? Gib zu denn, daß Du mich nicht so aufrichtig liebst, um Dich mir sofort anzuvertrauen."

Sie besannen sich jetzt allein im Garten, und anstatt jeder Antwort schlang sie die Arme um seinen Nacken und legte ihr Köpfchen an sein Herz.

„Ob ich Dich nicht aufrichtig lieb habe?" rief sie mit glücklichem Lachen. „Mein Gott, ich beirate Dich, wann Du willst; ich bin noch nie auch nur halb so glücklich gewesen im Leben, als in Deiner Nähe."

Als sich am Abende die Bewohner von Casa Piccola zusammenfanden, mußten sie gestehen, daß Isabella Fianelli schöner aussehe denn je zuvor. Das Glück sprach aus ihren Augen, und es lebte nur das eine Bedauern in ihrer Seele, daß Robert nicht zugegen war. Konnte sie aber den Rest des Lebens an seiner Seite verbringen, so wollte sie den einen Tag schon entbehren — der Abend verging ihr gleich einem Traume, und als sie sich endlich auf ihr Lager streckte, geschah es mit einem heißen Gebete für Robert's Wohl.

(Fortsetzung folgt.)

Agnes Sorma verabschiedete sich am Sonntag Abend als Nora von ihren zahlreichen Verehrern im Deutschen Theater; heute befindet sie sich bereits auf der Fahrt nach dem fernen Westen. Das Haus war schon vor mehreren Tagen ausverkauft und tosender Beifall begleitete ihre geniale Darstellung der Ibsen'schen Frauengestalt. Um den Beifallssturmen ein Ziel zu setzen, vollzog sich das Wunderbare; trotz des Hausgesetzes, das den Mitgliedern dieser Bühne verbietet, Hervorrufen Folge zu leisten, erschien Agnes Sorma vor dem Vorhang und beantwortete die Jubelrufe: „Hierbleiben! Wiederkommen!" mit einem in tiefer Bewegung gesprochenen Dankeswort. Die Künstlerin erhielt Kränze, Blumensträuße und Blumenkörbe in reicher Zahl, darunt auch ein Blumenschiff, das den Namen des Dampfers trägt, mit dem Frau Sorma nach Amerika fährt. Möge sie wohl und mit Amerikas Schätzen reich beladen wieder zu uns zurückkehren!

In Hamburg feierte die Jugendschriftstellerin Elise Averdieck am Sonnabend in voller Rüstigkeit ihren 90. Geburtstag.

die Zustimmung erteilt. Ferner wurden die Mitglieder des provisorischen und des ordentlichen Beirats für das Auswanderungswesen gewählt.

— Die Eisenbahndirektionen haben angeordnet, daß die **Hauptbahnen** fortan nicht drei, sondern sechs Mal in 24 Stunden von den Bahnwärtern revidirt werden. Außerdem sind die Strecken der Bahnwärter von 4½ auf 3 Kilometer verkürzt worden. Und die Dienstzeit? Die Hälfte von 4½ ist 2¼, so gut wie 2 × 3 = 6 ist.

— **Eine interessante Entdeckung**, die wie ein Sturzbad auf die Agitationen in Handels- und Gewerbekreisen für das Flottengesetz zu wirken geeignet ist, haben, so liest man in der „Freis. Ztg.", die jüngst seitens der Regierung dem Reichstag vorgelegten näheren Berechnungen zum Flottengesetz bereitet. Bekanntlich hat man es bei den Agitationen regelmäßig so dargestellt, als ob die vorhandenen oder bisher bewilligten Kriegsschiffe für den Auslandsdienst, also für den Schutz der Reichsangehörigen im Ausland, für den deutschen Handel und die deutsche Seeschiffahrt in überseeischen Gebieten, ganz und gar unzureichend seien nach der Zahl und der Beschaffenheit der Schiffe und daß demgemäß erst mit dem Flottengesetz hierin Wandel geschaffen werde. Was ersehen wir nun aus den erwähnten Berechnungen, in denen die Regierung genötigt war, die Schiffe **namentlich** zu bezeichnen, welche zur Ausführung des Flottengesetzes als **Auslandsschiffe** bestimmt sind? Aus den Berechnungen ergiebt sich, daß die **sämmtlichen** nach dem Sollbestand des Flottengesetzes als Auslandsschiffe erforderlichen **großen und kleinen** Kreuzer entweder **schon vorhanden** oder bereits vom Stapel gelaufen sind und ihrer Fertigstellung in allernächster Zeit entgegensehen. Es sind dies nämlich die drei 1897 vom Stapel gelaufenen großen Kreuzer „Fürst Bismarck", „Hertha", „Viktoria Luise" und die zehn kleinen Kreuzer „Geyer" von 1894, „Gefion" von 1893, „Kormoran" und „Kondor" von 1892, „Bussard" von 1890, „Prinzeß Wilhelm" und „Sperber" von 1888, „Irene" und „Schwalbe" von 1887, „Arkona" von 1885. Der Sollbestand von drei großen und zehn kleinen Kreuzern, der an Auslandsschiffen nach dem Flottengesetz 1904 vorhanden sein soll, ist also bereits vollständig vorhanden. Neubauten an Auslandskreuzern werden demgemäß in dem Septennat nicht verlangt, Ersatzbauten sind nach denselben Berechnungen erst erforderlich 1903 für den kleinen Kreuzer „Arkona" und 1904 für die kleinen Kreuzer „Schwalbe" und „Sperber". Abgesehen von den Kreuzern verlangt das Flottengesetz an Auslandsschiffen nur vier Ersatzbauten für Kanonenboote. Von diesen werden zwei Ersatzbauten im Jahre 1898 bereits vollendet, während die übrigen zwei Ersatzbauten auf den Etat für 1898 gebracht sind. Das außerdem unter den Auslandsschiffen verlangte Stationsschiff in Konstantinopel ist bekanntlich schon vor zwei Jahren neu beschafft worden. — Es bleibt abzuwarten, wie die zu erwartende **Aufklärung** aussehen wird.

Budapest, 28. Februar. Abgeordnetenhaus. Franz Kossuth interpellirt wegen der Einschränkungen der Versammlungen und der persönlichen wie der Pressfreiheit. Viktor Pichler interpellirt wegen der Uebergriffe und des Amtsmissbrauchs von Seiten der Budapester Polizei.

Konstantinopel, 27. Februar. Privatnachrichten aus Ueskür zufolge sind 129 Bulgarenhäftlinge freigelassen worden, 15 blieben noch in Verwahrung; ebenso wurden 107 Gefangene in Kumanova, Karatowa und Egripalanka aus der Haft entlassen, während noch 3 im Gefängniss verblieben. Die Untersuchungskommission ist nach Istib, Maleschowo, Kotschana und Radowista abgegangen.

London, 28. Februar. Lord Salisbury ist leicht von der Influenza befallen worden, befindet sich aber verhältnissmäßig wohl.

Bremen, 28. Februar. „Sachsen", von Ostasien kommend, 28. Februar in Hongkong angekommen. „Darmstadt" von Ostasien kommend, 28. Februar in Colombo angekommen. „Fulda", von Newyork kommend, 27. Februar 10 Uhr Morgens in Horta angekommen.

Deutscher Reichstag.

(Schluss aus dem Abendblatt.)

Abg. **Pachnicke** (Freis. Vereinig.): Wenn die Verhältnisse des Verkehrs sich so weiter entwickeln, so stehen wir bald an der Grenze der Leistungsfähigkeit. Mit dem Wachsen des Verkehrs wächst eben und zwar noch schneller als der Verkehr selber — die Unfallsgefahr. Auch das rollende Material steht in keinem Verhältnisse zum gesteigerten Verkehr. Namentlich im Herbst und Frühling macht sich der Wagenmangel empfindlich bemerkbar. Im Jahre 1892 wurden 84 000 Wagen nicht rechtzeitig gestellt; diese Zahl stieg in unaufhaltsamer Folge im Jahre 1897 auf 471 000 Wagen. (Hört! hört!) Demgegenüber dürfte es sich durchaus empfehlen, zur Entlastung der Eisenbahnen das **Kanalsystem** mehr auszubauen. (Lärm und Lachen rechts.) Das läge auch im Interesse der Landwirtschaft. (Erneutes Gelächter rechts.) Uebrigens gehen ja jetzt schon etwa 23 pCt. der Frachtgüter über die Wasserstraßen. Leider ist aber auch das Personal unserer Bahnen ein unzulängliches, das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Die Beamten sind überlastet und die Folge davon ist dann, daß Bremser und Weichensteller Heizer- und Zugführerdienste verrichten müssen, Leute, welche für diese Stellen praktisch nicht genügend vorbereitet sind. Vieles Weh und Ach ist hier von einem Punkte, vom Geldpunkte zu kuriren. Der eigentliche Eisenbahnminister ist aber Herr Miquel. Wenn solche Zustände, wie sie bei den preußischen Staatsbahnen bestehen, z. B. 16stündige Arbeitszeit für viele Beamte, bei Privatbahnen beständen, so würde gewiss ein böses Wetter von Reichswegen mit Zustimmung der öffentlichen Meinung dazwischen fahren. Das Reich aber duldet solche Zustände in den staatlichen Betrieben.

Präsident des Reichs-Eisenbahnamts **Schulz**: Was zur **Verhütung von Unfällen** seitens des Reiches geschehen kann, ist bereits geschehen. Die eigentliche Unfallperiode begann im Monat Juli vorigen Jahres. Besonders kommt es an auf die Zusammenstöße und Entgleisungen, welche die öffentliche Meinung in **berechtigte Erregung** versetzt haben. Nur diese eigentlichen Zugunfälle geben einen Maßstab für die Sicherheit auf der Eisenbahn. Herr Pachnicke hat alle sonstigen Betriebsunfälle mitgezählt. Im vorigen Jahr konnte ich mitteilen, daß die Zusammenstöße und Entgleisungen in den letzten fünfzehn Jahren fortdauernd abgenommen haben auf den deutschen Bahnen. Das zweite Halbjahr 1897 hat auf zehn Millionen Zugkilometer nicht mehr als 18,6 Entgleisungen und Zusammenstöße aufgewiesen. Ich bin weit davon entfernt, irgend etwas zu beschönigen, aber es verhält sich tatsächlich so, die Zahl der Zugunfälle hat im zweiten Halbjahr 1897 im Verhältniss zu dem bestehenden Verkehr die Durchschnittszahl bei weitem nicht erreicht, sie war nur wenig größer als im zweiten Halbjahr 1896. Anders steht es mit der Zahl der getödteten und verletzten Personen, welche im zweiten Halbjahr 1897 erheblich höher war, als seit einer Reihe von Jahren. Es sind von Juli bis Dezember 1895 verletzt worden 209, darunter blieben 21 todt, 1896 298 mit 13 Todten, 1897 dagegen 298, darunter 80 Todte. Der Schwerpunkt liegt also nicht in der Anzahl der Unfälle, sondern darin, daß im letzten Halbjahr 1897 eine Reihe von Zugunfällen von besonders schweren Folgen begleitet waren. Die Eisenbahnverwaltung und die Aufsichtsbehörde sind auf eifrigste bemüht gewesen, Abhilfe zu schaffen. Das Reichseisenbahnamt hat jeden einzelnen schweren Eisenbahnunfall eingehend untersucht, möglichst unter Entsendung eines besonderen Kommissars. Wir haben Vorschläge ausgearbeitet und mit Vertretern der beteiligten Behörden mündlich erörtert. Einige Regierungen haben selbst Anregungen gegeben und die Verhandlungen haben zu günstigem Ergebniss geführt.

Die Vorwürfe, welche man dem Reichseisenbahnamt gemacht hat, gehen zu weit, das Reichseisenbahnamt hat hie und da Mängel **bezüglich der Dienstdauer des Personals** gefunden, welche aber überwiegend darauf zurückzuführen sind, daß die bestehenden Vorschriften nicht genügend angewendet waren. Immerhin bedürfen auch diese Vorschriften der weiteren Fortbildung und ist deshalb eine **Revision der über die Dienstdauer bestehenden Vorschriften** zu gewärtigen. Im übrigen würde es dem Amt bei seiner gegenwärtigen Organisation **nicht möglich sein**, eine **gründliche**, bis ins einzelne gehende **Ueberwachung deutschen Eisenbahnen vorzunehmen**. Auch abgesehen von der Zuständigkeit des Eisenbahnamts ist es nicht möglich, die Bahnanlagen auf Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit zu prüfen. Die **technischen Beamten des Reichseisenbahnamtes sind mit Arbeiten längst überhäuft.** Das Reichseisenbahnamt hat, wenn nach seiner Ansicht eine Verwaltung mit der Beschaffung von Betriebsmaterial zurückblieb, entsprechend eingewirkt. Aber solche Einwirkung ist mit Schwierigkeiten verknüpft. In neuerer Zeit sind auch etwas zurückgebliebene Verwaltungen energisch bestrebt, ihr Betriebsmaterial zu vermehren. Die Etats der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen weisen dafür große Summen aus. Die Vermehrung des Materials allein tut es ja nicht, sondern es gehört ein möglichst beschleunigter Umlauf der Wagen dazu. Auch hier bemühen sich die Verwaltungen, Abhilfe zu schaffen. Ich hoffe, dargetan zu haben, daß das Reichseisenbahnamt pflichtgemäß bestrebt ist, in den Dingen, auf die sich der Antrag bezieht, alles zu tun, wozu ihm die Bestimmungen der Verfassung und des Gesetzes von 1873 eine Handhabe bieten. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **v. Kanitz** (kons.): Ich bitte die Regierung, mir Auskunft zu geben über die Lage der Ausnahmetarife, ob Erörterungen und eventuell welche, über diesen Punkt zwischen den beteiligten Regierungen stattgefunden haben.

Abg. **Gerisch** (Sozd.): Die Denkschrift der preußischen Regierung über die Betriebssicherheit hätte besser eine Denkschrift über die Betriebsunsicherheit genannt werden sollen. Die Beamten trifft allerdings dabei keine Schuld, sondern lediglich die mangelhaften Einrichtungen sind die Ursache der vielen Unfälle. Es ist ja sehr erfreulich, daß, wie heute zugesagt worden ist, die Betriebsordnung von 1893 revidirt werden soll. Vorerst muss jedoch der Ueberlastung der Beamten gesteuert werden. Viel zu wenig wird jetzt noch auf das Signalwesen geachtet, es **herrscht da eine Wirtschaft**, wie sie **lüderlicher nicht gedacht werden kann**. Und dabei schreibt die Denkschrift, daß gerade auf das richtige Funktioniren der Signale in jeder Weise geachtet werde. Eine parlamentarische Untersuchungs-Kommission würde da schöne Zustände entdecken. Allerdings sei eine ministerielle Kommission an der Arbeit gewesen; dieser hätte jedoch **kein einziger betriebtechnisch gebildeter Beamter** angehört. Redner schließt mit dem Wunsche, man möge den Eisenbahnbeamten das Koalitionsrecht nicht vorenthalten, welches sie zur Wahrung ihrer Interessen dringend bedürften. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Regierungskommissar **v. Messane**: Ich möchte bei dieser Gelegenheit Aufklärung geben über den Eisenbahnunfall bei Celle. Ich bin selbst an Ort und Stelle gewesen und kann auf Grund meiner dort gemachten Wahrnehmungen konstatiren, daß der Oberbau an der Unfallstelle sich in vollständig gutem Zustande befunden hat, daß namentlich die Schienen von ausgezeichnetem Material gewesen sind. Die Verbiegungen der Schienen können nach meinem Ermessen unmöglich eine Folge der Entgleisung gewesen sein, sondern sind die Ursache gewesen. Die Verbiegung selbst wiederum ist durch das Herabfallen eines Kuppelbaumes entstanden.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ich will die Bitte an die Regierung richten, für eine schnellere Beförderung der nach England bestimmten Industrieprodukte Sorge zu tragen.

Präsident des Reichseisenbahnamts **Schulz**: Ich bin gern bereit, mich der vom Abg. v. Kardorff angeregten Angelegenheit anzunehmen.

Abg. Graf **v. Stolberg** hält in Betreff der Gütertarife den allgemeinen Uebergang zum Staffeltarifsystem für das Beste. Er sei kein Gegner von Kanälen, glaube aber nicht, daß der Ausbau des Kanalsystems die Unfälle vermindern würde.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung. Kleinere Vorlagen).

Schluss 5¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Schluss aus dem Abendblatt.)

Finanzminister Dr. **v. Miquel**: Der gegenwärtige Zustand des Lotteriewesens weist in der Tat vielfache Mängel auf. Ein großer Uebelstand ist auch das vielfache Drängen auf Bewilligung von Privatlotterien. Früher handelte man nach dem Prinzip, daß man Geldlotterien nur zu Dombauten und zur Wiederherstellung von hervorragenden Kunstbauten bewilligte. Auch solche Lotterien wie die Rote Kreuz-Lotterie kann man wohl verantworten. Aber wenn es sich um Lotterien für lokale Zwecke handelt, so wird die Regelung der Frage sehr schwierig. Wenn wir dann eine Konzession erteilen, dann laufen sofort hundert andere Konzessionsgesuche ein. Es schweben gegenwärtig Verhandlungen darüber, ob es sich empfiehlt, die Privatlotterien zu **kontingentiren** in der Weise, daß die Zahl derselben für jeden einzelnen Staat festgesetzt wird, das würde schon ein großer Gewinn sein, dadurch würde ein Ueberfluten der Privatlotterien vermieden werden. Eine **reichsgesetzliche Regelung der staatlichen Lotterien wird schwer durchzusetzen sein.** Ich weiß auch nicht, ob es ratsam sein wird, weil dadurch vielfach die einzelstaatlichen Interessen berührt werden. Es wird sich auch hier eine Kontingentirung vielleicht empfehlen derart, daß man nach der Kopfzahl der Bevölkerung die Zahl der Loose berechnet.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) hält eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens für bedenklich, weil dadurch die Rechte der Einzelstaaten beschränkt werden.

Abg. Dr. **Sattler** (ntl.) erklärt, daß man zu einer befriedigenden Lösung der Frage nicht kommen werde, wenn man nicht die Absicht habe, die staatlichen Lotterien aufzuheben.

Finanzminister **v. Miquel** erwidert, es hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man eine Staatslotterie in mäßiger Höhe, die dem nun einmal vorhandenen Spielbedürfniss entgegenkomme, beseitigen wolle. Dieselbe sei unbedenklich. Eine Aufhebung derselben würde gefährliche Folgen nach sich ziehen, die zunächst garnicht zu übersehen seien. Außerdem würde man dann dahin gelangen, den Ausfall der 9 Millionen Lotteriesteuer durch Erhöhung der Einkommensteuer zu decken.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten **Dr. Sattler** und **Dr. Arendt** wird der Etat der Lotterieverwaltung genehmigt, ebenso ohne Debatte der Etat der Seehandlung und der Münzverwaltung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Etat der direkten und indirekten Steuern).

(Schluss 3¼ Uhr.

Kleine Chronik.

* **Ueber eine merkwürdige Taufgeschichte** berichtete der „Rhein. Kurier" dieser Tage aus Wiesbaden. Dort hat ein katholischer Gymnasiast an einem jüdischen Mitschüler die Taufzeremonie vollzogen. Hinterher gab der Junge an, er habe den ganzen Vorgang lediglich als einen Ulk angesehen. Trotzdem aber hält man auf katholischer Seite die „Taufe" für giltig, weil der „Täufling" das ernste Bestreben gehabt habe, katholisch zu werden und auch katholisch bleiben wolle. Es dürfte über dieser eigenartigen Taufgeschichte noch zu lebhaften Auseinandersetzungen auf dem konfessionellen Kriegsschauplatz kommen, denn dogmatisch liegen die Dinge doch nicht so ganz klar, wie die über die „Rettung einer Seele" zweifellos hoch erfreuten katholischen Interessenten sich einbilden. Die Taufe soll nämlich regelmäßig von einem ordinirten Geistlichen vollzogen werden. Nur in **Notfällen** soll auch die Laientaufe zugelassen werden, wobei aber auch die Applikation des Wassers durch Untertauchung (Immersio) oder Besprengung (Adspersio oder Infusio) unter ausdrücklicher Berufung auf die Personen der Dreieinigkeit erfolgen muss. (cfr. Holzmann und Zöpfel, Lexikon für Theologie und Kirchenwesen.)

Es wird nun zu untersuchen sein: a) Ob der jüdische Schüler die Taufe so dringend nötig gehabt hat, daß die Laien- oder Nottaufe angezeigt war. b) Ob der Taufakt nach dogmatischer Vorschrift rite vollzogen worden ist.

Solche Erörterungen unter den Frommen im Lande gehen erfahrungsgemäß ohne erbauliche Zänkereien niemals ab. Wir werden unsere Leser über die fernere Entwickelung der interessanten Angelegenheit auf dem Laufenden halten.

* **Der Münchener Reichstagsabgeordnete Dr. Sigl** schreibt in seiner geschmackvollen Weise: Die Zahl der **Judentaufen** nimmt in **Berlin** zu, namentlich die der Kindertaufen. Unter den Erwachsenen (im Jahre 1897 traten 75 Personen in Berlin aus dem Judentum aus) überwogen die Juristen, aus plausiblen Gründen. Zwölf Damen aus der Finanzwelt ließen sich **schmadden**, höchst wahrscheinlich, um verschuldete Gardeoffiziere oder andere „vorurteilslose" Kavaliere mit ihrer Hand zu beglücken.

* **Ein Luftballon** nahte sich am Sonnabend, Nachmittags 4 Uhr, dem Seebadeort **Ahlbeck**. Der Ballon flog mit großer Geschwindigkeit der Ostsee zu. Noch im letzten Augenblick gelang es aber den Insassen, **drei Offizieren der Luftschifferabteilung** zu Berlin, mit dem Anker Halt in der Dünenwaldung zu finden. Die Landung geschah unmittelbar am Meere. Nur noch wenige Meter weiterer Flug und die Luftschiffer wären dem nassen Element der Ostsee überliefert worden. Der südliche Wind trieb den Ballon direkt der See zu. Die Herren waren in bester Laune trotz der zuletzt so gefahrvollen, aber glücklich beendeten Luftreise.

* **Falb's Vorhersagungen für den Monat März** lauten: **1. bis 4. März.** Mildes Wetter. Niederschläge kommen vereinzelt vor. — **5. bis 9. März.** Die Niederschläge nehmen auffallend zu. Es treten ausgebreitete Schneefälle ein. Der 8. ist ein kritischer Tag erster Ordnung. Schneefall gleichzeitig mit Gewitter an demselben Orte dürfte mehrfach beobachtet werden. — **10. bis 16. März.** Die Temperatur hält sich auf ziemlicher Höhe. Die Niederschläge sind zwar ausgebreitet, aber meist schwach und nur um den 14. etwas stärker. Mehrfach treten Gewitter ein. Um den 14. starke Schneefälle in den Alpen. — **17. bis 22. März.** Ziemlich bedeutende Niederschläge in den ersten Tagen, wobei die Temperatur noch hoch ist. In den letzten Tagen wird es kälter. Der 22. ist ein kritischer Termin erster Ordnung, der bedeutende und ausgebreitete Niederschläge mit sich bringt. Schneefälle treten mehrfach ein. — **23. bis 31. März.** Die Niederschläge dauern mäßig fort. Die Temperatur geht etwas zurück. Die Schneefälle wiederholen sich wie in der vorigen Gruppe.

* **Ueber die schon erwähnten Störungen im Telephonbetrieb** wird aus Düsseldorf noch gemeldet: Am Donnerstag Abend trat ein gewaltiger Schneefall ein. Der „nasse" Schnee blieb an den Telephondrähten leicht haften und belastete sie außerordentlich hoch. Es bildete sich um die Drähte eine feste Schneekruste, dieselben nahmen daher noch mehr Schnee auf, bis sie in Folge des gewaltigen Druckes der Schneemengen **zerrissen** wurden. Von den 1850 Telephonanschlüssen der Stadt blieben nur etwa 400 betriebsfähig. Von demselben Unheil, wie die Fernsprecheinrichtung in Düsseldorf, wurden auch die Telephonnetze in den Nachbarstädten heimgesucht, so in Duisburg, Neuß, M.-Gladbach, Rheydt, Aachen, Krefeld. In M.-Gladbach z. B. sind über zwei Drittel sämmtlicher Leitungen zerstört; der Isolirturm des Telephonamtes wurde dort auf die Seite gedrückt.

* **Der nach Veruntreuung von Mündelgeldern aus Breslau verschwundene Rechtsanwalt Fr. Hinckel** war einmal am Rhein als konservativer Reichstagskandidat aufgestellt. In Breslau ist er wiederholt als Vortragsredner im „Verein christlicher junger Männer" aufgetreten. Hinckel führte die Vormundschaft über die Tochter eines Generallieutenants. Der Offizier hatte das Kind in seinem Testament mit einem Erbteil von 75 000 Mark bedacht. Es sollte dem Mädchen deshalb ein Nachlasspfleger bestellt werden, und als dieser wurde Hinckel bestimmt, obgleich ein Rechtsanwalt den Nachlassrichter ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß Hinckel bei seiner schon seit längerer Zeit als nicht gesund bekannten Vermögenslage für dieses Vertrauensamt nicht gerade besonders qualifizirt erscheine. Eine Summe von 39 000 M. von jenen 75 000 M. Mündelgeldern hat nun Hinckel schon im Juni v. J. bei einem Bankhause lombardirt und diese Summe vermutlich mit der noblen Passion bereits verbraucht, die er als bekannter Lebemann pflegte. Mit dem übrigen Gelde ist er wahrscheinlich flüchtig geworden.

* **Heiteres aus dem „schwarzen Kabinet".** Anläßlich einer Diskussion über **Verletzung des Briefgeheimnisses** in **Frankreich** erzählt Herr Leonzon-Leduc im „Gil Blas" folgende Anekdote: Eines Tages wollte ein Abgeordneter der Rechten, der einem Kollegen 100 Francs schuldete, diesen Betrag zurückschicken, vergaß aber, die Banknote in den Brief zu stecken. Er bemerkte dies und suchte deshalb Tags darauf seinen Gläubiger auf, um ihm das Geld persönlich zu übergeben. Zu seiner Verblüffung erklärte dieser aber, er habe das Geld erhalten. Beide begaben sich nun zur Post, um den sonderbaren Fall aufzuklären, was ihnen aber nicht gelang. In Wirklichkeit hatte der Beamte, der den Brief öffnete, geglaubt, daß die Banknote verloren worden wäre, und deshalb wurden die 100 Francs aus dem Geheimsfonds ersetzt.

* **Der Ermordung seiner Frau** wurde in Chicago am 10. Februar der Wurstfabrikant Adolf Luetgert schuldig befunden und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Er war angeklagt, die Leiche seiner Frau in einer Lauge von Kali aufgelöst zu haben, um die Spuren des Verbrechens zu verbergen. Der erste Prozeß gegen ihn nahm am 23. August 1897 seinen Anfang und endigte am 21. Oktober, da die Geschworenen sich nicht zu einigen vermochten. Der zweite Prozeß begann am 29. November und endigte jetzt mit der Verurteilung. Die Vertheidiger haben Berufung eingelegt.

Lokales.

† **Der Kaiser** ist gestern Abend nach Oldenburg und Wilhelmshaven abgereist.

† **Ein Vetterntag derer v. Bismarck** fand hier am Sonnabend statt. Das Geschlecht besteht zur Zeit aus 126 Stammesgenossen, 54 männlichen, 48 weiblichen und 24 angeheirateten Frauen.

†o **Vom Kampf gegen die Hilfsarbeiter des Magistrats.** Wie in Kreisen der Hilfsarbeiter erzählt wird, läßt der Magistrat jetzt einzelnen Hilfsarbeitern Protokolle zur Unterschrift vorlegen, in welchen sie anerkennen sollen, Privatbeamte zu sein. Der Bureauvorsteher Werkmeister soll dieser Tage von einem der Führer der Hilfsarbeiter Namens Korbach die Unterschrift jenes Protokolls verlangt haben. Als Korbach sich weigerte, das Protokoll zu unterschreiben, soll ihm Herr Werkmeister erklärt haben, er bekäme nun auch keine Zulage.

†ar **Falsche Mitteilungen über den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein** sind durch eine hiesige Korrespondenz in mehrere Zeitungen gelangt. Es ist direkt **erfunden**, daß der Sozialwissenschaftliche Studentenverein die „Sozialistischen Monatshefte" und den „Sozialistischen Akademiker" zu seinen **Vereinsorganen** gemacht habe; er hat mit diesen beiden Blättern überhaupt niemals irgend welche Verbindungen unterhalten.

†pc **Die Errichtung eines Denkmals für Fritz Reuter** in seiner Geburtsstadt Stavenhagen ist von neuem angeregt worden. Es hat sich in Berlin ein Ausschuß gebildet, welcher eine Agitation zum Zweck der Sammlung von Beiträgen ins Werk setzen will.

†ot **Vorgänge in der Nazarethgemeinde** sollen in einer öffentlichen Wählerversammlung besprochen werden, die zu Mittwoch Abend 8 Uhr nach dem Feldschlößchen, Müllerstr. 142, einberufen worden ist. Bei den kirchlichen Wahlen vom 10. Oktober siegten in der Nazarethgemeinde die Liberalen mit einer Mehrheit von 449 Stimmen. Die Wahl konnte nicht für ungiltig erklärt werden, dagegen wurden — was wohl noch nie dagewesen sein dürfte — von den 19 gewählten Herren **13** beanstandet. Die Angelegenheit schwebt jetzt bei dem Vorstande der Kreissynode Berlin II in der Rekursinstanz, nachdem der Gemeindekirchenrat die Beanstandung als materiell unbegründet zurückgewiesen hat. Die Erregung in der Gemeinde ist groß und hat zur Einberufung der Wählerversammlung Veranlassung gegeben.

†ot **Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden** hat auf Antrag verschiedener Mitglieder eine Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet, in welcher Beschwerde darüber geführt wird, daß es den Schaffnern der Großen Berliner Pferdeeisenbahn gestattet ist, die Firmen der großen **Waarenhäuser** an den in deren Nähe befindlichen Haltestellen auszurufen. Die kleineren und mittleren Handel- und Gewerbetreibenden fühlen sich durch diese Gepflogenheit, die nach ihrer Ansicht einer Reklame für die betr.

Bazare gleichkommt, geschädigt und bitten um Abstellung dieser Ankündigungen.

† **Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Graf Pückler,** hat gestern zum letzten Male Dienst getan, da er heute einen einmonatigen Urlaub bis zu seiner am 1. April erfolgenden Pensionirung antritt.

† **Ausgewiesen** ist der amerikanische Journalist Charles Frank Dewey, der vor kurzem in einem der vornehmsten hiesigen Hotels wegen eines Sittlichkeitsvergehens auf Veranlassung der hiesigen englischen Botschaft verhaftet worden war.

† **Ueber „Beobachtung eines Parlamentariers durch Spitzel"** läßt sich die „Trierer Landeszeitung" aus Berlin berichten: „Es giebt hier Detektivbureaus, welche den Auftrag übernehmen, einzelne Personen zu überwachen und deren Privatleben auszukundschaften. Längere Zeit hindurch stand der Abgeordnete Kaplan Dasbach unter einer solchen Ueberwachung von vier Beamten eines Bureaus dieser Art. Einer derselben beging die Unvorsichtigkeit, ein Telephon in dem Hause, in welchem Herr Dasbach wohnt, und vor welchem jene vier Personen sich fast den ganzen Tag aufhielten, zu benutzen und bei einem Auftraggeber anzufragen, ob er noch länger auf seinem Posten bleiben solle, oder ob bald Ablösung kommen werde. Wenn Herr Dasbach in einen Pferdebahnwagen stieg, nahm einer der Beamten eine Droschke und fuhr ihm nach. Inzwischen hat die Ueberwachung aufgehört. Wer sie veranlaßt hat, wird wohl eines Tages bekannt gegeben werden können."

†ot **Der freiwillige Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen macht Schule.** Die Zeitschrift für schwedisches Gefängnißwesen brachte kürzlich eine vom Generaldirektor des schwedischen Gefängnißwesens Herrn Siegfried Wieselgren herrührende längere Schilderung des hiesigen Erziehungsbeirats. Dies hat in Stockholm den Plan gezeitigt, dort einen Erziehungsbeirat nach Berliner Muster zu gründen. Auf Ersuchen eines Stockholmer Großhändlers Namens A. H. Eckström hat der Vorstand die erbetenen Mitteilungen über den Verein und seine Arbeitsweise bereits nach dort gesandt. — Auch in Finsterwalde geht man mit der Absicht um, den dortigen Waisenrat nach dem Muster des Berliner Vereins umzugestalten und in Görlitz arbeitet Landgerichtsrat Baumann an der Gründung eines freiwilligen Erziehungsbeirats. In Kassel ist ein Verein mit gleicher Tendenz bereits seit einigen Monaten in Wirksamkeit. Vergünstigungen gewähren neuerdings den Pfleglingen des Erziehungsbeirats das „Mädchenhaus" in Pankow und das Pestalozzi-Fröbelhaus in der Barbarossastraße. Beide Anstalten nehmen Vereinspfleglinge zu sehr bedeutend ermäßigten Kosten auf. In der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses wurde die Beratung der Grundsätze für Gewährung von Unterstützungen — aufgestellt vom Stadtrat Dr. Münsterberg — abgeschlossen. Es wird demnächst nach diesen Grundsätzen verfahren werden. Erwägungen über Veranstaltung von Zusammenkünften der Pfleglinge an den Sonntag-Nachmittagen, über Förderung des Sparsinnes derselben und andere Fragen beschäftigen den Arbeitsausschuß unausgesetzt.

† **Der Ultramontanismus in Berlin.** Eine Vereinigung aller nichtsozialdemokratischen Arbeiter Berlins auf „christlicher" Grundlage empfahl der Zentrums-Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Hitze am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung. Der Redner meinte, nach dem Muster des „christlichen Bergarbeitervereins" sollten alle Organisationen aufgebaut werden. — Vor einiger Zeit erklärten in der ultramontanen „Germania" katholische Geistliche Berlins, christliche Arbeitervereine, die nicht von Geistlichen geleitet würden, seien keine richtigen Arbeiterorganisationen. Es handelt sich hier also um die Schaffung einer am Gängelbande der Kirche zu leitenden Arbeiterorganisation, mithin um Hilfstruppen kirchlicher Interessen. Dergleichen Bestrebungen finden beim Berliner Arbeiter erfreulicherweise wenig Boden.

† **An das königliche Polizeipräsidium** hatte der „Verein Berliner Journalisten", welchem überwiegend Berichterstatter von Zeitungen angehören, kürzlich eine Eingabe gerichtet, in der unter Darlegung des Sachverhalts eine Beseitigung einiger Mißstände, unter welchen die Zeitungen sowohl als deren Mitarbeiter zu leiden haben, gebeten wurde. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß legitimirte Vertreter der Presse — Beauftragte hiesiger Blätter der verschiedensten Parteirichtungen — durch die Polizeiorgane in der Ausübung ihres Berufes behindert wurden; es wurde ihnen der Zutritt zu Versammlungen und Festlichkeiten, die in Folge polizeilicher Weisung „wegen Ueberfüllung" abgesperrt waren, verwehrt, selbst wenn sie nachweisen konnten, daß besondere Plätze für sie reservirt sind. Angesichts der Unzuträglichkeiten, welche sich hieraus ergeben haben, sowie wegen einiger anderer Punkte, die sich auf das Verhältniß der Polizei zur Presse beziehen, hatte der Vorstand des Vereins um eine Unterredung mit dem Chef des Polizeipräsidiums bezw. mit einem von diesem zu bestimmenden Beamten nachgesucht. Daraufhin ist folgender Bescheid ergangen:

„Auf das gefällige Schreiben vom 21. Januar cr. erwidere ich dem Verein Folgendes ergebenst: Der Verein erkannte selbst an, daß es im sicherheitspolizeilichen Interesse unter Umständen erforderlich ist, der Ueberfüllung von Sälen, die zu öffentlichen Versammlungen oder Festlichkeiten benutzt werden, durch die Abhaltung ferneren Zuzuges, sobald die für zulässig erachtete Personenzahl sich in dem Versammlungslokale befindet, vorzubeugen. Die Entscheidung darüber, wenn dieser Moment als eingetreten zu erachten ist, muß dem pflichtmäßigen Ermessen der mit der Aufsicht betrauten Beamten überlassen werden. Ist aber der fernere Zuzug einmal untersagt, so erscheint es nicht zulässig, grundsätzlich zu Gunsten einzelner Personen oder einzelner Kategorien von Personen noch Ausnahmen zu machen, und ich bin nicht in der Lage, die Aufsichtsbeamten in dem von dem Verein gewünschten Sinne mit Anweisung zu versehen. Ich kann vielmehr den Mitgliedern des Vereins nur ergebenst anheimstellen, wenn sie auf die Anwesenheit bei Versammlungen etc. Wert legen, sich gleich den übrigen Besuchern rechtzeitig einzufinden. Bei welchen Versammlungen eine Ueberfüllung zu erwarten oder zu befürchten stehe, wird sich in den bei weitem meisten Fällen aus der Tagesordnung, der Person der Redner und dergleichen schon vorher ersehen lassen; desgleichen stelle ich anheim, mich schriftlich von „den einigen Punkten", deren Regelung der Verein durch mich herbeigeführt zu sehen wünscht, in Kenntniß zu setzen. v. Windheim."

Der Verein Berliner Journalisten hat einstimmig beschlossen, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und seinen Vorstand beauftragt, sich zunächst beschwerdeführend an das Ministerium des Innern zu wenden.

Herr v. Windheim verkennt unserer Ansicht nach vollständig den Beruf der Berichterstattung. Eine öffentliche Versammlung, welcher die Berichterstatter fernzubleiben gezwungen sind, verfehlt ihren Zweck, da die Versammlungen nicht nur dazu dienen sollen, die zufällig anwesenden Personen, sondern die Allgemeinheit über die zur Sprache gebrachten Zustände oder Mißstände zu unterrichten. Man kann den Berichterstattern nicht zumuten, sich lange Zeit vor Beginn der Versammlungen einzustellen, zumal für sie in der Regel Plätze reservirt werden, und es ist nicht zu viel verlangt, wenn sie an die Polizeiorgane die Forderung stellen, ihnen zur Erreichung dieser Plätze behilflich zu sein, zumal auch in gefüllten Sälen ein Raum vom Eingang bis zu den Plätzen des Vorstandes und der Berichterstatter freigehalten wird.

† **Der Freisinnige Bezirksverein „Königsviertel"** veranstaltet am Sonntag, 6. März in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35, ein zweites Wintervergnügen.

† **Der Wanzenprozeß,** über welchen wir vor einiger Zeit berichteten, hat in der weiten Welt enormes Aufsehen erregt, wofür das nachfolgende Schreiben, das wir aus Torréon in Mexiko erhielten, Zeugniß ablegen mag:

Geehrte Redaktion!

In der „Freie Presse für Texas", San Antonio, lasen wir aus Ihrer Zeitung abgedruckt einen Artikel über eine von der Civilkammer des Landgerichts I Berlin verhandelte Klagesache, bei der es sich um einen Studenten, eine hübsche Zimmervermieterin und 3 Wanzen handelt. Bei dem hochgradigen Interesse, das wir Deutschen im Auslande an allen „sensationellen" Ereignissen im Mutterlande nehmen, würde es uns hoch willkommen sein, durch Ihre Güte zu erfahren, ob sich die 3 jedenfalls hochgelehrten und ausstudirten Rechtskenner der Civilkammer des Landgerichts I Berlin, denen dieser „wichtige" Fall zur Aburteilung vorlag, bereits über die Herkunft der drei fraglichen Wanzen geeinigt haben oder nicht. Ihrer gütigen Antwort entgegensehend, zeichnet hochachtungsvoll

J. A.: Dr. Neumann.

Wir wendeten uns auf dieses Schreiben hin alsbald mit der Bitte um Auskunft an unseren Gewährsmann, der uns über den Verlauf des merkwürdigen Prozesses Folgendes mitteilt:

„Der Wanzenprozeß führte zu der Entscheidung, daß der Student beschwören sollte, in dem Zimmer Wanzen gefunden zu haben. Für diesen Fall wurde ihm das Recht zugesprochen, die ausdrücklich als „wanzenfrei" gemietete Wohnung sofort ohne Kündigung und Mietszahlung zu verlassen. — Eine Berufung gegen dieses Urteil brachte jedoch eine Zeugenvernehmung zu Wege, die zu der Annahme führte, daß die Wanzen in das neue Haus durch den Studenten eingeschleppt wären. Dieser wurde daher zur Zahlung der Miete verurteilt."

Unsere lieben Landsleute im fernen Westen sehen also, daß es in der Tat in Berlin noch Richter giebt, die das Recht selbst in einer so schwierigen und verwickelten Affaire zu finden wissen, wie es die Geschichte mit den drei Wanzen gewesen ist. Im Hinblick auf diese Tatsache werden sie der ferneren Entwickelung unseres teueren Vaterlandes mit heiterer Ruhe entgegensehen, denn noch herrscht ja bei uns die Gerechtigkeit, die doch nach dem alten Satz das Fundament ist, auf dem der Staat ruht. — Wir aber entbieten unsern mexikanischen Freunden die herzlichsten Grüße mit dem Wunsch, daß sie auch fernerhin dem deutschen Vaterlande die lebhafte Teilnahme bewahren mögen, die aus ihrem Interesse an dem Falle von den drei Wanzen spricht.

†bj **Das Landgericht Berlin II** befindet sich jetzt nicht mehr Rathenowerstraße 112, sondern Rathenowerstraße 83. Dieser plötzliche Domizilwechsel hat gestern zu Irrungen und Terminsverspätungen geführt. Die wie bisher nach Rathenowerstr. 112 geladenen Parteien und Zeugen irrten suchend umher, denn die in der Ladung angegebene Nummer 112 war nicht auffindbar. Ueber dem Portal III des Moabiter Justizpalastes, über welchem bisher 112 stand, prangt jetzt ein neues Schild mit der Nummer 83.

† **Ein alter Freiheitskämpfer von 1848,** der Rentier Herr Wilhelm Engel (Lothringerstr. 32), ein treuer Leser der Urwähler- und Volks-Zeitung, ist am Sonnabend im Alter von 77 Jahren gestorben. Es war ihm leider nicht vergönnt, den fünfzigsten Jahrestag des 18. März 1848 zu erleben. Seine Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 2 Uhr auf dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee 15, statt.

†ch Für **Neupflasterungen und Entwässerungs-Anlagen** sind im Ordinarium des Etats für Straßen- und Brückenbau 847 000 M. — 437 200 M. mehr als im Vorjahre — und für Umpflasterungen von größeren Straßenstrecken mit Asphalt und neuen Steinen 3 275 000 M., das sind 1 359 300 M. mehr, als der vorjährige Etat für diese Zwecke aussetzte, eingestellt. Der Magistrat bemerkt dabei, daß noch etwa 27 pCt. des Steinpflasters aus Steinen 4. und 9. Klasse besteht und daß für 1898/99 6 000 000 M. erforderlich sein werden, um die von den Bauinspektionen für dieses Jahr als dringend bezeichneten Umpflasterungen auszuführen.

†bh **Der Tunnel unter der Spree** zwischen Treptow und Stralau bietet jetzt auch ein Bild von Taucherarbeiten. Ein Taucher untersucht die ganze Strecke nach etwa vorhandenen undichten Stellen.

† **Auf der Linie Schöneberg—Alexanderplatz** beginnt heute der elektrische Betrieb.

†pe **Der Nord-Süd-Brenner-Expreß,** der, bisher als schnellste Verbindung zwischen Deutschland und Italien, Berlin mit Verona in 19 Stunden verband, wird von heute (1. März) ab, dreimal in der Woche bis Mailand und zweimal bis Venedig durchgeführt. Die Fahrzeit zwischen Berlin und Venedig beträgt 21 Stunden, zwischen Berlin und Mailand 22 Stunden.

†sb **Tödtlich verletzt** wurde auf den Allgemeinen Elektrizitätswerken in der Brunnenstraße der frühere Hutmacher Hermann Katschmann. Bei der Arbeit geriet er zwischen einen Krahn und einen Pfeiler und wurde so schwer verletzt, daß der Tod bald eintrat.

†sb **Im Fieberwahn verschwunden** ist seit Donnerstag voriger Woche der Kaufmann Christian Roth, der hier eine Agentur für eine Frankfurter Firma führte. Er lag an der Influenza krank, stand im Fieber auf und entfernte sich um 5½ Uhr Morgens, während seine Familie noch in festem Schlaf lag. Obgleich am Nachmittage Verwandte und Bekannte von dem Vermißten übereinstimmende, zwischen 9 und 10 Uhr Vormittags aufgegebene Postkarten des Inhalts: „Kommt sofort, es ist ein großes Unglück passirt!" erhielten, so ist doch bisher keine Spur des Genannten ermittelt. Die Gattin vermutet, daß er sich ein Leid angetan habe.

†ot **Der Bankier Ludwig Kaufmann,** der vor kurzem hier in Untersuchungshaft genommen ist, soll gegen Stellung einer Bürgschaft von 3000 M. aus der Haft entlassen werden. Auch über ein angeblich schwindelhaftes Treiben der Ehefrau des Kaufmann waren mehrere Mitteilungen in die Blätter gedrungen, deren Richtigkeit die Beschuldigte bestreitet. Sie hat nun, um die Hinfälligkeit jener Nachrichten zu erweisen, durch Vermittelung des Rechtsanwalts Dr. Coßmann selbst den Antrag an die Staatsanwaltschaft gerichtet, daß gegen sie ein Ermittelungsverfahren eingeleitet werden möge.

† **Ein Meteor** wurde am Sonntag in Schöneberg bemerkt. Es flog Abends 8 Uhr 39 Minuten, in westlicher Richtung in geringer Höhe von Süden nach Norden sich bewegend und auf Momente das Glühlicht der Straßenlaternen verdunkelnd, zur Erde nieder.

†wb **Polizeibericht vom 28. Februar.** Durch Ueberfahren wurden schwer verletzt: in der Bülowstraße der vier Jahre alte Knabe des Arbeiters Müller aus der Kulmstraße durch einen Wagen der elektrischen Straßenbahn und in der Ackerstraße der acht Jahre alte Knabe des Arbeiters Schulz aus der Reinickendorferstraße durch einen Rollwagen. — Am Sonntag Abend fiel vor dem Hause Grüner Weg 26 ein etwa 45 Jahre alter Mann in der Trunkenheit hin, wurde durch einen vorüberkommenden Omnibus überfahren und auf auf der Stelle getödtet. Leichtere Verletzungen erlitten am Sonntage der Drehorgelspieler Johann Althaus, der in der Rosenthalerstraße von einer Droschke umgestoßen und von dem Pferde auf den Fuß getreten wurde und der Fensterputzer Johannes Zillmann, welcher an der Ecke der Elsasser- und Bergstraße von einem übermäßig schnell fahrenden Wagen überfahren und am rechten Fuß gequetscht wurde. — Ferner wurde der 12jährige Sohn des Arbeiters Wilh. Schulz aus der Oranienstraße in der Straße Unter den Linden von einer Kutsche überfahren, kam jedoch ohne Verletzung davon. — Beim Abspringen von einem Pferdebahnwagen fiel Abends am Schöneberger Ufer der Gürtler Kieser, geriet mit dem Kopfe unter den Vorderperron des Wagens, kam aber mit einer anscheinend unbedeutenden Verletzung davon. Ferner sind vom Sonntag zwei Radfahrerunfälle zu melden: der Schlosser Johann Raykowski aus Spandau stürzte Nachmittags in der Siemensstraße von seinem Zweirade und brach das rechte Schienbein. — Auf dem Kreuzungspunkte der Rosenthaler und Linienstraße fuhr ein Radfahrer gegen einen Omnibus, stürzte und zog sich Hautabschürfungen an beiden Händen zu. — Bei einer Schlägerei in der Möckernstraße wurde in der Nacht zum Sonntag der Schlosser P. durch einen Messerstich in den Kopf erheblich verletzt. — Heute Nacht versuchte der 38jährige Arbeiter Paul G. in seiner Wohnung in der Wienerstraße sich mit Salzsäure zu vergiften. Er wurde noch lebend nach der Sanitätswache am Görlitzer Bahnhofe und von dort nach dem Krankenhause am Urban gebracht. Ehelicher Unfriede scheint die Veranlassung zum Selbstmorde zu sein.

Industrie, Handel, Börse.

△ **Discontogesellschaft in Berlin.** Gestern fand die Sitzung des Aufsichtsrats der Discontogesellschaft statt, in welcher über die Bilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Der Bruttogewinn stellt sich einschliesslich des auf 326 970 M. sich belaufenden Vortrages aus der vorjährigen Bilanz auf 17 295 143 M. gegen 16 981 184 M. im Vorjahre, und der Reingewinn, nach Abzug der Verwaltungskosten u. s. w. 2 102 108 M., der Steuern 995 990 M., der Verluste im Konto-Korrent-Verkehr 22 474 M., auf 14 174 569 M. gegen 14 100 364 M. im Vorjahre. Nach Anhörung der Bilanz-Revisions-Kommission und vorbehaltlich der speziellen Prüfung erklärte sich der Aufsichtsrat mit dem Antrage der Geschäftsinhaber einverstanden, für das Jahr 1897 eine Dividende von 10 pCt. (wie im Vorjahre) auf das Kommanditkapital von 115 000 000 M. in Vorschlag zu bringen. Die Bilanzvorlage des abgelaufenen Jahres ergiebt als Zinsenertrag der Platz- und anderen Pariwechsel 2 203 351 M. gegen 1 725 491 M. in 1896, als Ertrag aus dem Kurswechselverkehr nach Abzug der Zinsen 187 428 M. gegen 390 698 M. in 1896, als Nettoertrag aus den eigenen Wertpapieren, dem Reportgeschäft u. s. w. nach Abschreibung der Verluste und Abzug der Zinsen 3 990 874 Mark, gegen 3 902 368 Mark in 1896, als Provision aus den laufenden Rechnungen 3 218 999 M. gegen 3 145 146 Mark in 1896, als Ertrag aus dem Zinsen-Conto 3 021 305 M. gegen 3 135 630 M. in 1896, als Ertrag aus der Kommanditbeteiligung bei der Norddeutschen Bank 3 400 000 M. gegen 3 200 000 M. in 1896 und aus anderer dauernder Beteiligung bei ausländischen Bank-Instituten nebst Kommanditbeteiligungen 741 709 M. gegen 858 937 M. in 1896, als verschiedene Einnahmen aus Grundstücken u. s. w. 204 503 Mark gegen 252 525 M. in 1896. — Die gesammten bilanzmässigen Reserven welche keine weiteren Rücklagen erfordern, betragen 28¾ Millionen Mark. Gleich den übrigen grossen Bankinstituten des hiesigen Platzes hat auch die Diskontogesellschaft im Jahre 1897 eine günstige Geschäftsentwickelung aufzuweisen gehabt. Die Erträgnisse fast aller Konten haben eine Steigerung erfahren, namentlich hat das reguläre Geschäft grössere Erträgnisse gebracht.

(•) **Breslauer Diskontobank.** In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats wurde die Bilanz vorgelegt.

Der für den 2. April nach Breslau einzuberufenden Generalversammlung wird eine Dividende von 7 pCt. mit 1 837 500 M. auf 30 Millionen Aktienkapital gegen 6½ pCt. Dividende im Vorjahr mit 1 462 509 M. auf 22½ Millionen M in Vorschlag gebracht werden. Die neuen Aktien im Betrage von 7½ Millionen M. nehmen an der Dividende erst seit dem 1. Juli 1897 Teil.

Das Gewinn- und Verlust-Conto schliesst mit 3 651 070 M. gegen 2 524 876 M. im Vorjahre ab und weist folgende Hauptposten auf: Gewinn auf Wechsel 749 036 M. (397 664 M.), Zinsen 989 384 (722 150), Sorten und Coupons 69 839 (78 822), Provisionen 781 964 (434 052), Effekten und Konsortien 852 717 (594 717). Diverse Konten 155 528 Mark (241 457 M.) Es verbleibt ein verteilbarer Reingewinn von 2 561 823 M., gegen 1 898 945 im Vorjahr. Es wird vorgeschlagen, hiervon dem Reservefonds 128 091 M. gegen 1896 94 947 M. zu überweisen und 77 464 M. gegen 52 599 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

\+ **Norddeutsche Grundkreditbank.** Der Reingewinn für 1897 beträgt 429 465 M. (412 056 M.). Der Pfandbriefumlauf hat um 6 581 900 M. zugenommen, worunter 5 158 700 M. in 3½ pCt. Pfandbriefen. Es wird eine Dividende von 4½ pCt., wie im Vorjahre, beantragt. Die Direktion teilte mit, dass das Berliner Bankgrundstück mit einem Buchgewinn von ca. 190 000 M. verkauft sei.

= **Danziger Privataktienbank.** Der Aufsichtsrat beschloss 1897 eine Dividende von 6¾ pCt. (7¼ pCt.) vorzuschlagen.

× **Deutsche Asphalt A.-G.** Der Aufsichtsrat beschloss, auf das Aktienkapital von 1 600 000 M. 8 pCt. Dividende gegen 10 pCt. im Vorjahre auf das Aktienkapital von 1¼ Mill. M. vorzuschlagen.

Geldschrankfabrik P. Fabian. Unter dieser Firma hat Herr Paul Fabian, der langjährige Mitinhaber und technische Leiter der bisherigen Firma M. Fabian, welche von seinem Vater 1838 begründet ist, hieselbst eine Geldschrankfabrik etc. errichtet. Die Firma M. Fabian gelangt gemäss den Vereinbarungen, welche Herr Fabian zur Beendigung des schwebenden Prozesses mit seinem Sozius Herrn Mothes und Herrn Arthur Koppel getroffen, zur Löschung.

\+ **Bochumer Bergwerksgesellschaft.** Im Januar wurde ein Ueberschuss von 21 464 M. gegen 12 094 M. im Dezember erzielt.

Konkurse.

Auswärts. Riemendrehereibesitzer August Biller in Barmen. — Ephraim Weil, Kaufmann in Bolchen. — Tischler Hermann Heinrich Schubert in Gittersee. — Maler Johann Beckers in Dülken. — Bauunternehmer Josef Maresch in Freiburg. — Hausirer Johann Adam Schindler in Karlsberg. — Handelsmann Wilhelm Brinkkötter in Hörste. — Uhrmacher Johann Witthöft zu Hamburg. — Kaufm. Gustav Heinke in Jastrow. — Kaufm. Max Bannerth in Kreuzburg O.-Schl. — Schuhmachermeister Franz Wagner in München. — Kaufmann J. C. Gerhardt in Rostock. — Buchhändler Milan Flieck in Firma C. Sommers Buchhandlung M. Flieck in Schmiedeberg. — Strumpfwaarenfabrikant Wilhelm Louis Müller in Gornsdorf. — Brauereibesitzer Wilhelm Kauffmann in Thorn. — Kaufm. Max Adler in Waldenburg i. Schl. — Kaufmann Karl Theophilus August Söhlmann in Wurzen.

Letzte Nachrichten.

Breslau, 28. Februar. Der Provinziallandtag bewilligte einen festen Betrag von 1 100 000 Mark aus Provinzialmitteln für die Beseitigung des durch die Hochwasserschäden entstandenen Notstandes. Der Ober-Präsident Fürst zu Hatzfeldt erklärte in der Ansprache, mit der er die Session schloß, daß das Zustandekommen des Notstandsgesetzes nunmehr wohl als gesichert anzusehen sei.

Rom, 28. Februar. Deputirtenkammer. In Beantwortung einer Interpellation des Deputirten Bovio wegen der letzten Vorgänge in Sizilien weist Ministerpräsident Rudini die Anschuldigung zurück, die Regierung habe nichts getan für Sizilien. Rudini stellt es in Abrede, daß in Wirklichkeit eine besondere sizilianische Frage besteht. Die für Sizilien zu ergreifenden Maßnahmen können keine anderen sein als diejenigen, die die Regierung für das übrige Königreich zu ergreifen beabsichtigt, nämlich Förderung lohnender Arbeiten und Herabsetzung der lästigsten Abgaben. Zur Bekämpfung der lokalen Umtriebe sei es nötig, die lokale und provinzielle Gesetzgebung zu reformiren und er, der Ministerpräsident, habe schon einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Die Regierung werde auch die Frage einer Reform der landwirtschaftlichen Verträge prüfen.

Athen, 28. Februar. Die Polizei hat an dem Orte, wo der Mordanschlag gegen den König verübt wurde, eine mit Dynamit gefüllte Grube entdeckt. Die über die Genossen Karditzi's ermittelten Einzelheiten werden bestätigt.

Der verhaftete Teilnehmer an dem Mordanschlag gegen den König, Karditzi, ist ein fünfunddreißigjähriger Mann, ehemaliger Unteroffizier, Angehöriger einer Athen eigentümlichen Spezies von Leuten, die die Mitte zwischen Zuhälter und Bravo einnehmen und hier Kuzavontis genannt werden. Karditzi scheint eine allgemeine Idee von Anarchismus zu haben; er erweist sich als ein stumpfsinniger Kopf. Nachdem die Polizei in Erfahrung gebracht hatte, daß er sich in einem bestimmten, verdächtigen Hause verborgen halte, umzingelte sie dasselbe. Um den gegen ihn bestehenden Verdacht zu beseitigen, begab sich Karditzi aus freien Stücken zur Staatsanwaltschaft. Hier wurde er jedoch dermaßen mit Fragen in die Enge getrieben, daß er schließlich gestand, einer der Urheber des Anschlags gegen den König zu sein. Er zeigte keinerlei Reue und erklärte, wenn seinem Mitschuldigen, als dieser am Boden knieend auf den König schoß, nicht die Hand gezittert hätte, wäre der König unfehlbar getödtet worden. Später hüllte Karditzi sich in vollkommenes Stillschweigen; er weigerte sich auch, seine Mitschuldigen namhaft zu machen. „Asty" erfährt indessen, bereits seit zwei Monaten sei verschiedenen Personen bekannt gewesen, daß ein geheimnißvoller Klub, der an entfernten Stellen der Stadt im Verborgenen Sitzungen abhielt, schließlich beschlossen hatte, den König nach der Annahme des Gesetzes über die internationale Finanzkontrole umzubringen. Die Beschlüsse dieses Klubs wurden aufgezeichnet und dem Könige selbst Abschriften derselben zugestellt; darin kam Karditzi's Name häufig vor. Der König beachtete jedoch diese Drohungen niemals und fuhr fort, allein oder mit der Prinzessin Marie auszugehen oder auszufahren, in letzter Zeit waren dem König auch viele anonyme Briefe zugegangen. Die Mitglieder des Klubs gehören den niedersten Gesellschaftsschichten an; es sind darunter viele beschäftigungslose Handarbeiter, zerrüttete Existenzen und überspannte junge Burschen. Die Leute betrachteten den König und die Staatsmänner des Landes als Werkzeuge der ausländischen Mächte.

Stettin, 28. Februar. Spiritus loco 43,10 Gd.

Frankfurt a. M., 28. Februar. Oestr. Kreditaktien 308¼, Franzosen 293¾. Lombarden $71\frac{3}{8}$, Ungar. Goldrente 103,90, Gotthardbahn 147,80, Diskonto-Kommandit 206,90, Dresdner Bank 165,50, Berliner Handelsgesellschaft 171,70, Bochumer Gussstahl 198,90, Dortm. Union —,—, Harpener 176,00, Hibernia 191,40, Laurahütte 184,00.

Wien, 28. Februar, Nachmittags. (Schluss-Course.) Ungarische Kreditaktien 382,00. Oestr. Kreditaktien 364,10, Franzosen 340,00, Lombarden 79,75. Galizier —,—. Nordwestbahn 250,50. Elbethalbahn 263,00, Oestr. Papierrente 102,62. do. Goldrente 123,00. 5proz. ungar. Papierrente —,—. 4proz. ungar. Goldrente 122,40. Marknoten 58,77. Napoleons 9,53. Bankverein 266,75. Tabakaktien 137,50. Unionbank 302,50, Länderbank 219,25. Alpine Montan 152,10.

Paris, 28. Februar, Nachm. (Schluss-Course.) 3proz. Rente 103.82 proz. Anleihe —,—. Italiener 94,55. Franzosen 728,00. Lombarden —,—. Türken 22,30. Suezkanal-Aktien 3472. Ottomanbank 556,00.

London, 28. Februar, Abds. 6 Uhr 20 Min. Preuss. Konsols —,— Engl. 2¾ proz. Konsols 113, konvert. Türken $22\frac{1}{8}$, 4proz. konsolid. Russen 1889 (II. Serie) 104, Italiener 93¼, 4proz. ungarische Goldrente 102½, 4proz. unifiz. Aegypter 108¼, Ottomanbank $12\frac{1}{8}$, 6proz konsolidirte Mexikaner 98¾, Rio Tinto —,—, Silber —,—, 4½ proc. äussere Argentinier —,—, Northern Pacific $63\frac{1}{8}$.

Amsterdam, 28. Februar. Bancazinn 39.

London, 28. Februar. Ch[illegible] Kupfer $50\frac{9}{16}$, per 3 Monat $50\frac{13}{16}$.

Hierzu Beiblatt.